



Leseprobe

Richard J. Evans

Tod in Hamburg

Stadt, Gesellschaft und
Politik in den Cholera-Jahren
1830 - 1910

»Die damalige Epidemie taugt als
historisches Lehrstück.« *Deutschlandfunk*
"Andruck" - Das Magazin für Politische Literatur

Bestellen Sie mit einem Klick für 20,00 €



Seiten: 928

Erscheinungstermin: 21. Februar 2022

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

www.penguinrandomhouse.de

Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

Zum Buch

Richard Evans' brillante Studie über den Cholera-Ausbruch in Hamburg im 19. Jahrhundert

Sie überfiel ihre Opfer jäh und ohne Vorwarnung, die Symptome erregten allgemeines Entsetzen, das Ende kam schnell und unter Qualen: 1892 wütete eine Cholera-Epidemie in Hamburg, 10.000 Menschen starben binnen 6 Wochen. In seinem scharfsinnigen Werk zeichnet Richard J. Evans ein lebendiges Bild der Stadt und ihrer Menschen im Griff der Seuche und untersucht die Gründe, warum Hamburg als einzige große europäische Stadt Schauplatz dieser Tragödie wurde. Er zeigt, dass es eine Verknüpfung politischer, ökonomischer, sozialer und medizinischer Bedingungen war, die einer eigentlich schon ausgerotteten Krankheit noch einmal Tür und Tor öffneten. Mit einem aktuellen Vorwort des Autors, das den Vergleich zwischen der damaligen Epidemie und der heutigen Situation mit SARS-CoV-2 zieht.



Autor

Richard J. Evans

Richard J. Evans, geboren 1947, war Professor of Modern History von 1998 bis 2008 und Regius Professor of History von 2008 bis 2014 an der Cambridge University. Seine Publikationen zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und zum Nationalsozialismus waren bahnbrechend. Zu seinen Auszeichnungen zählen der Wolfson Literary Award for History und die Medaille für Kunst



Richard J. Evans

TOD IN HAMBURG

Stadt, Gesellschaft und Politik
in den Cholera-Jahren 1830–1910

Aus dem Englischen von
Karl A. Klewer

Pantheon

Die Originalausgabe erschien 1987 unter dem Titel
«Death in Hamburg. Society and Politics in the Cholera-Years 1830–1910»
bei Oxford University Press, Oxford.

Dieses Buch ist – außer dem neuen Vorwort des Autors –
durchgehend in alter Rechtschreibung gehalten.

Die hier genannten Archive sind die der Entstehungszeit des Buchs in den
1980er Jahren. Einige Archive sind seither umgezogen oder wurden umbenannt.

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich
auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® No01967

2. Auflage

Copyright © 2022 by Pantheon Verlag
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München
«Death in Hamburg» © 1987 by Richard J. Evans
Redaktion: Wolfgang Müller
Wissenschaftliche Beratung in Übersetzungsfragen: Volker Ullrich
Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München
Umschlagabbildung: Hamburger Fleete: Die Herrengrabenfleet bei Ebbe
(Staatliche Landesbildstelle Hamburg)
Bildbearbeitung und Satz: GGP Media GmbH, Pößneck
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-570-55463-0

www.pantheon-verlag.de

Für die Freunde von gestern und heute,
mit denen ich das Leben in Hamburg genossen habe.

INHALT

Vorwort des Autors zur Neuauflage 2022 9

Vorwort 14

- 1. Innenansicht einer Handelsstadt 27**
 - Patrizier und Politik 29
 - Fraktionen des Kapitals 65
 - Ungleichheit im Alltag 96
 - Die Bedrohung von unten 135

- 2. Die Krise der städtischen Umwelt 177**
 - Seife und Kultur 179
 - Die Ursachen der Verschmutzung 203
 - Trübe Wasser 226
 - Etwas anderes zu essen 250

- 3. Im Angesicht von Krankheit und Tod 277**
 - Sterblichkeitsmuster 279
 - Die Ärzte am Scheideweg 313
 - Die Geißel aus Asien 342
 - Der Aufstieg des Bakterienreichs 385

- 4. Die große Epidemie 425**
 - Vom Verschweigen zur Katastrophe 427
 - Die Kranken heilen 482
 - Angst und Panik 508
 - Die Suche nach den Schuldigen 543

5. Die Dimensionen der Ungleichheit	585
Reich und Arm	587
Vom Villenquartier zum Gängeviertel	605
Kaufmann und Kutscher	629
Männer und Frauen	655
6. Die Umgestaltung der Gesellschaft	683
Die Grenzen des Mitgefühls	685
Pettenkofers letztes Gefecht	715
Armut und der Staat	740
Hamburg, Deutschland und die Welt	784
Verzeichnis der Abkürzungen	826
Bibliographie	827
Anmerkungen	852
Verzeichnis der Karten	907
Verzeichnis der Abbildungen	908
Verzeichnis der Tabellen	909
Sachregister	910
Personenregister	925

Vorwort des Autors zur Neuauflage 2022

Ob wir je aus den Fehlern der Geschichte lernen? Das vorliegende Buch, das 1987 auf Englisch und drei Jahre später auf Deutsch erschienen ist, wird dem deutschen Publikum nun erneut vorgelegt in der Überzeugung, dass wir dies können, wenn wir den darin gewonnen Erkenntnissen angemessene Aufmerksamkeit schenken. Zwar geht es in diesem Buch um eine verheerende Epidemie, die im Jahre 1892 eine einzelne norddeutsche Großstadt befallen hat, doch wirft es zugleich eine ganze Reihe weiterführender Fragen auf, die auch 130 Jahre später von erheblicher Bedeutung sind, in einer Zeit, in der die ganze Welt von einer katastrophalen Pandemie heimgesucht wird, die bereits Millionen Todesopfer gefordert hat und weitere Millionen Menschen treffen wird.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die wissenschaftliche Medizin seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche grundlegende Fortschritte gemacht hat. Bei Licht besehen war der lange herrschende Kampf zwischen den Anhängern der «Miasmentheorie» und den Verfechtern der «Kontagienlehre» 1892 schon entschieden. Nach Ansicht der einen riefen aus dem Boden aufsteigende unsichtbare Dämpfe (Miasmen) unter bestimmten klimatischen Bedingungen Krankheiten hervor, während sich nach Überzeugung der anderen Erreger in verseuchtem Trinkwasser befanden. Auch wenn die Vertreter der Kontagienlehre, an deren Spitze der hoch angesehene und einflussreiche Bakteriologe Robert Koch stand, den Streit für sich entschieden hatten, ließen einige Anhänger der Miasmentheorie nicht von ihrer Auffassung ab. Da ihre Stellung aus im Buch näher ausgeführten Gründen in Hamburg besonders stark war, hatte ihre Unbelehrbarkeit dort besonders unheilvolle Folgen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hingegen waren sich die Vertreter der wissenschaftlichen Medizin weithin sowohl über die Ursache von Infektions-

krankheiten wie auch darüber einig, auf welche Weise man sie erkennen und bekämpfen konnte. Im 19. Jahrhundert benötigte man Jahre, mitunter sogar Jahrzehnte, bis man die Wirkmechanismen tödlich verlaufender Infektionskrankheiten wie Cholera, Tuberkulose oder Diphtherie begriff und Möglichkeiten fand, ihnen vorzubeugen oder Therapien gegen sie zu entwickeln. Heutzutage sind Medizinforscher in der Lage, den Vektor eines Virus zu isolieren, seine Genomstruktur mittels Sequenzierung zu identifizieren und binnen weniger Monate einen wirksamen Impfstoff herzustellen. Noch zügiger lassen sich Wege finden, die Ausbreitung eines Virus zu verhindern oder einzugrenzen.

Trotz dieser Fortschritte sind wir seit den Tagen der Hamburger Cholera-Epidemie in mancher Hinsicht nicht sehr viel weiter gekommen. Nach wie vor gibt es den automatischen Impuls, der sich im Fall des Hamburger Senats 1892 so katastrophal ausgewirkt hatte, aus Angst vor Beeinträchtigungen der Wirtschaft die Nachricht vom Ausbruch einer Epidemie zu unterdrücken. Auch die Regierung Chinas hat auf das Auftreten von Covid-19 in Wuhan anfangs mit einer vollständigen Mediensperre und der Bestrafung von Medizinern reagiert, die auf die Seuche aufmerksam machen wollten. Im Verlauf der durch das Coronavirus ausgelösten Pandemie hat der Widerstreit zwischen Wirtschaftsinteressen und Gesundheitspolitik das Handeln von Regierungen auf der ganzen Welt durchgehend bestimmt. Sicherlich beeinträchtigen die bewährten und generell wirksamen Maßnahmen zur Eindämmung von Seuchen heute wie damals zwangsläufig das Wirtschaftsleben und damit auch die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Zu diesen Maßnahmen, die Robert Koch 1892 in Hamburg gegen den Widerstand des zögerlichen Senats durchgesetzt hat, gehören Isolierung von Infizierten und ihre Behandlung im Krankenhaus, Quarantäne und Lockdown sowie Beschränkungen der Reisefreiheit und des Handels. Was das angeht, haben einige Staaten inzwischen aus der Erfahrung gelernt und die wirksamsten dieser Maßnahmen unterstützt. Hier lässt sich ein deutlicher Gegensatz zur Situation im 19. Jahrhundert erkennen, denn damals waren es karitative Einrich-

tungen, auf denen die Hauptlast ruhte, sich um Arme und Arbeitslose zu sorgen.

Wie tief die Kluft zwischen den Schichten der Gesellschaft in Hamburg zur Zeit der Cholera-Epidemie von 1892 war, zeigt sich, wie in Kapitel 5 dargelegt wird, am krassen Unterschied zwischen Arm und Reich bei der Sterblichkeit infolge der Erkrankung. Bei Covid-19 verhält es sich nicht anders, und die Gründe dafür sind oft ähnlich, auch wenn es bedeutsame Unterschiede gibt. Während bei der Cholera-Epidemie das Entsetzen häufig daher rührte, dass ihr überwiegend junge Erwachsene zum Opfer fielen, die gewöhnlich den gesündesten Teil der Bevölkerung ausmachten, hat sich Covid-19, zumindest im Anfangsstadium der Pandemie, als besonders gefährlich für ältere Menschen erwiesen. Auch wenn das Coronavirus, ähnlich dem Tuberkulosebakterium, durch die Luft übertragen wird, der Cholerabazillus hingegen durch das Wasser, spielen überfüllte Wohnungen und ungesunde, beengte Lebensbedingungen eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung der einen wie der anderen Krankheit. Die zur Vorbeugung erforderlichen Maßnahmen unterscheiden sich dagegen deutlich. Damit Tröpfchen und Aerosole das Coronavirus nicht übertragen, sollten die Menschen jederzeit einen angemessenen Abstand voneinander einhalten und in geschlossenen Räumen einen Mund-Nasen-Schutz tragen; bei der Cholera hingegen bestand die wirksamste Vorbeugung darin, dass man sich nach der Zubereitung von rohem Gemüse und nach dem Toilettengang die Hände wusch. Das Händewaschen hat sich seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts als übliches Verhalten im Alltag durchgesetzt; es wird interessant sein zu sehen, inwieweit die Menschen nach dem Ende der gegenwärtigen Pandemie weiterhin Masken tragen und Abstand halten werden. Beide Seuchen waren ein Weckruf für die Einführung von Reformen mit dem Ziel, die beengten Wohnverhältnisse der Armen zu verbessern. Dass diese Reformen im Jahre 1892 letzten Endes äußerst geringfügig ausfielen, ist kein Grund, sie jetzt nicht durchzuführen.

Die Reaktionen des Staates auf die Epidemie bilden einen der Schwerpunkte dieses Buches, das deutlich macht, wie Vertreter

wirtschaftlicher Interessengruppen entscheidende Reformen der Infrastruktur, insbesondere die Filtration von Trinkwasser in Hamburg, so lange behindert haben, bis es zu spät war. Der konservative Senat der Stadt hat sich in einen Konflikt mit den Verantwortlichen in Berlin verwickelt, aus dem letztere als eindeutige Sieger hervorgingen. Bemerkenswert an dieser Auseinandersetzung war, in welchem Ausmaß beide Seiten auf die Ansichten von Medizinwissenschaftlern angewiesen waren. Letzten Endes setzte sich Robert Koch durch, nicht zuletzt, weil sich die von ihm aufgrund seines naturwissenschaftlich untermauerten Verständnisses der Cholera vorgeschlagenen Maßnahmen als wirksam erwiesen und zahlreiche Menschenleben retteten. Daraus ließe sich eine Lehre nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft ziehen. Man denke nur daran, dass populistische Staatenlenker wie der ehemalige amerikanische Präsident Donald Trump und das brasilianische Staatsoberhaupt Jair Bolsonaro sowohl die Klimaforschung wie auch die medizinische Wissenschaft mit Hohn und Spott bedacht, die von ihr zum Kampf gegen die Pandemie vorgeschlagenen Vorgehensweisen gröblich missachtet und ihrerseits quacksalberische Mittel vorgeschlagen haben, die jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrten. In den Augen von Populisten, eine Kategorie von Politikern, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts so gut wie unbekannt war, gehören Naturwissenschaftler zu jener Elite, deren tief verwurzelte Interessen zu zerstören sie fest entschlossen sind. Ihr Misstrauen der Wissenschaft gegenüber hat Hunderttausende vermeidbare Todesfälle verursacht.

Die meisten gewöhnlichen Menschen fühlen sich bei einem Seuchenausbruch unter anderem deshalb unsicher und verängstigt, weil die zur Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen das Alltagsleben empfindlich stören. Wie in diesem Buch beschrieben wird, sind 1892 manche aus der Stadt geflohen, andere haben Trost im Alkohol oder in einer verstärkten Religiosität gesucht. Einige wenige haben sich die Ausbreitung der Seuche mit Verschwörungstheorien erklärt, die in erster Linie antisemitischen Charakter hatten. Solche Verschwörungstheorien und andere irrationale Gedanken sind im 21. Jahr-

hundert deutlich weiter verbreitet und behindern die von Regierungen zum Kampf gegen die Pandemie ergriffenen Maßnahmen. Geschichte bedeutet nicht zwangsläufig Fortschritt, und wie groß der erzieherische Einfluss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seinerzeit auf die Arbeiterklasse war, ist auf den Seiten dieses Buches deutlich erkennbar. Im Jahre 1892 war die Welt eine andere als heute, die Menschen reagierten anders als wir auf Krisen und Katastrophen, doch waren ihre Reaktionen weder weniger rational noch emotionaler als die der heutigen Bevölkerung. Wenn Historiker eines Tages die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 auf lokaler, nationaler und globaler Ebene untersuchen, werden sie neben Unterschieden vor allem Ähnlichkeiten mit früheren Epidemien finden, und diese werden letztlich wichtiger sein. Die Lehren, die sich aus der Hamburger Cholera-Epidemie des Jahres 1892 ziehen lassen, das zeigen die abschließenden Passagen dieses Buches, sind heute aktueller denn je.

Barkway, August 2021

R. J. E.

Vorwort

Dieses Buch beschreibt das Innenleben einer großen europäischen Stadt während der Hochblüte des Industriezeitalters. Es zeichnet nach, wie im Verlauf des 19. Jahrhunderts in dem Maße, wie sich aus dem bescheidenen, wenn auch bedeutsamen Seehafen eine neuzeitliche Großstadt entwickelte, die Schwierigkeiten wuchsen, die Einwohner am Leben und gesund zu halten, sie mit sauberem, frischem Wasser, reiner Luft, einwandfreier Nahrung und allem anderen zum Leben Notwendigen zu versorgen, und wie diese Schwierigkeiten schließlich zur Katastrophe führten. Es zeigt, wie eng die Lösung der Versorgungsprobleme mit den Strukturen gesellschaftlicher Ungleichheit und mit sozialen Konflikten in der Stadt verknüpft war und wie auch diese Gegensätze sich änderten, während die Stadt immer größer und komplexer wurde. Gesellschaftliche Konflikte mündeten in politische Auseinandersetzungen; sie spielen bei den hier berichteten Ereignissen ebenfalls eine bedeutende Rolle. Höhepunkt und Zentrum des Berichts ist die große Cholera-Epidemie, die 1892 Hamburg als einzige Stadt Westeuropas heimsuchte. Diese Katastrophe forderte in etwas mehr als sechs Wochen kaum weniger als 10 000 Menschenleben. In der Art und Weise, wie die Stadt mit ihr fertig wurde – oder auch nicht –, und in ihren Auswirkungen auf das spätere Leben in der Stadt liegen Parallelen und Lektionen für Probleme und Katastrophen, die sich ein Jahrhundert später im Zeitalter von Aids und Umweltvernichtung stellen.

Damit steht das Buch in der langen Reihe der «Seuchen-Literatur», die von Boccaccio über Defoe zu Camus und André Brink reicht.¹ Während der Arbeit daran wurden mir die Formen und Konventionen immer deutlicher bewußt, die diese Art Literatur dem Autor auferlegt und die ihren Weg in einen großen Teil der im strengeren Sinn geschichtswissenschaftlichen Literatur zu diesem

Gegenstand gefunden haben, von Jean-Noël Birabens «Les Hommes et la Peste» und Paul Slacks «The Impact of Plague in Tudor and Stuart England» bis hin zu Untersuchungen von Epidemien aus neuerer Zeit, wie beispielsweise Michael Dureys Arbeit über die Cholera in Großbritannien oder Alfred Crosbys Bericht über die große Grippewelle von 1918/19 in den USA.² Die Aufdeckung der Nachlässigkeit und Doppelzüngigkeit der Behörden, die gemächliche Wiedergabe von Ursachen, Einflüssen und Vorwarnungen, auf die eine rasche Erzählung der eigentlichen Katastrophe folgt, der Wechsel des Blickwinkels von der Gesamtsicht zum Standpunkt des einzelnen und zurück, die kathartische Schlußbetrachtung am Ende der Erzählung, all diese charakteristischen Merkmale der «Seuchen-Literatur» wirkten sich in spürbarer Weise auf die Struktur dieses Buches aus.

Doch hat die Lektüre dieser «Seuchen-Literatur» auch mein Bewußtsein dafür geschärft, wie sich Epidemien metaphorisch ausdeuten lassen, so wie es unmittelbar und mit unvergeßlichem Nachdruck in Albert Camus' klassisch gewordenem Roman «Die Pest» geschieht, abstrakter und beiläufiger in Thomas Manns Novelle, auf die der Titel des vorliegenden Buches zurückgeht.³ Die amerikanische Kritikerin Susan Sontag hat kürzlich vor der Gefahr gewarnt, Krankheit als Metapher zu verwenden. Allerdings gründet sich ihre Warnung auf ein Medizinverständnis, das, wie ich nachzuweisen hoffe, bestenfalls vereinfachend, schlimmstenfalls aber naiv ist.⁴ Daher läßt sich dies Buch auch in einem metaphorischen Sinn verstehen. Im Jahr 1892 sind in Hamburg nicht nur Menschen gestorben – die Epidemie jenes Jahres bildete auch, wie ein überlebender Bewohner der Stadt angemerkt hat, die Scheidelinie zwischen Altem und Neuem. Insbesondere läutete sie die Totenglocke des alten und bis dahin geltenden Systems, bei dem die Verwaltung der Stadt in den Händen von Honoratioren lag, die auf diesem Gebiet kaum mehr als Amateure waren. Die Epidemie kennzeichnete – auch wenn sie ihn nicht als einzige herbeiführte – den Sieg des Preußentums über den Liberalismus, den Triumph der staatlichen Intervention über das Laisser-faire. Sie markierte einen bemerkenswerten,

symbolischen Augenblick in der Geschichte des deutschen Bürgertums und bereitete die Bühne für dessen Eintritt ins 20. Jahrhundert. Diese metaphorischen Anklänge des Buchtitels zeigen, wie ich hoffe, daß das Hauptanliegen dieses Werks weit über die bloße Beschreibung der Katastrophe hinausgeht, die über die Stadt gekommen war.

Als ich Ende der siebziger Jahre mit den Forschungsarbeiten für dieses Buch begann, war mir nicht klar, daß ich nahezu ein Jahrzehnt zu seiner Vollendung benötigen würde. Zur Geschichte Hamburgs fühlte ich mich hingezogen, teils weil ich den Eindruck hatte, es sei an der Zeit, etwas dagegen zu unternehmen, daß ein Großteil der modernen Geschichtsschreibung über das Deutschland nach 1871 von einer eingeeengten, auf Preußen konzentrierten Sicht erfolgte, teils aber auch durch ein schon bestehendes Interesse an der Sozialgeschichte des deutschen Liberalismus. Mein Ausgangspunkt war der Ruf dieser Stadt – Deutschlands zweitgrößter nach Berlin –, im Deutschen Reich ein «Fremdkörper» und im kontinentaleuropäischen Zusammenhang eine «englische» Stadt gewesen zu sein. Ich nahm an, Hamburg könne als eine Art historisches Labor zur Überprüfung allgemeiner Begriffe dienen, mit denen der Kontrast zwischen England und Deutschland gemeinhin beschrieben wird. Es war nicht nur einfach eine Stadt, sondern einen großen Teil des 19. Jahrhunderts hindurch auch eine «Freie Stadt», ein autonomer Staat im Deutschen Bund und nach 1871 – wenn auch in begrenztem Maße – innerhalb des Deutschen Reiches. Das Wichtigste aber war, daß liberal gesinnte Kaufleute aus dem Bürgertum die Stadt regierten. Daher ließ sich Hamburg als Fallstudie zur Beantwortung einer der großen «Was wäre, wenn?»-Fragen in der deutschen Geschichtsschreibung der neueren Zeit heranziehen: Sofern das Bürgertum 1848 oder danach politische Macht errungen hätte, wäre dann eine gerechtere, gleichere, freiheitlichere, demokratischere, rationalere Gesellschaft das Ergebnis gewesen? Oder hätten sich Gesellschaft und Politik mehr oder weniger genauso entwickelt, wie sie es dann taten?

Anfänglich hoffte ich, mit Hilfe einer kurzen Querschnittsuntersuchung der Zeit von 1890 bis 1910 eine Antwort auf diese Fragen

finden zu können; doch in dem Maße, in dem ich mich in das überaus umfangreiche Quellenmaterial im Hamburger Staatsarchiv einarbeitete, zog es mich unwiderstehlich weiter in die Vergangenheit zurück – und das ist der Hauptgrund, warum es so lange gedauert hat, das Buch abzuschließen. In seiner vorliegenden Form weist es drei Untersuchungsebenen mit zunehmender Spezifik auf, die jeweils einander bedingen. Auf der allgemeinsten Ebene bemüht es sich, einen Abriss der politischen und sozialen Geschichte der Stadt im 19. Jahrhundert zu geben, so wie sie sich anhand der Klassengegensätze und der Beziehungen von Staat und Gesellschaft herausarbeiten läßt. Mein Verständnis dieser keinesfalls unproblematischen Begriffe wird, wie ich hoffe, im ersten Kapitel deutlich werden. Auf einer zweiten Ebene geht das Buch diesen allgemeinen Fragen im Rahmen einer Fallstudie der Geschichte der städtischen Umwelt und ihrer Beziehung zu Krankheit und Tod nach. Nicht nur fragt es, wie das rasche Wachstum Hamburgs Leben und Gesundheit seiner Bewohner beeinflusste, sondern auch, auf welche Weise unterschiedliche Bevölkerungsgruppen diese Auswirkungen wahrnahmen. Besonders eindringlich wurden diese Fragen durch die großen Cholera-Epidemien aufgeworfen, von denen die Stadt in nicht weniger als sechzehn Jahren zwischen 1831 und 1892 heimgesucht wurde. Während des gesamten Zeitraums von 1830 bis 1910 wirkten sie auf Gesellschaft und Politik in Hamburg so nachdrücklich ein, daß es gerechtfertigt erscheint, diese Zeit «Cholera-Jahre» zu nennen. Ganz allgemein wird die Beschreibung zum Ende des Untersuchungszeitraums «dichter», und das führt zur dritten und detailliertesten Ebene des Buches, zum Bericht über die Cholera-Epidemie des Jahres 1892.

Diese Epidemie hat eine ungeheure Menge an Quellenmaterial «produziert», angefangen von Lebenserinnerungen, Tagebüchern, Briefen, Zeitungsartikeln und Fotos bis hin zu den Berichten amtlicher Untersuchungsausschüsse, statistischen Untersuchungen, Berichten karitativer und freiwilliger Hilfsorganisationen und selbstverständlich einer Fülle von Material in den Akten der einzelnen damit beschäftigten Ressorts der Stadtverwaltung. Die Epidemie

rückte das Funktionieren von Staat und Gesellschaft ebenso deutlich in den Blick wie die Strukturen der gesellschaftlichen Ungleichheit, die Vielzahl von Werthaltungen und Ansichten, aber auch die materiellen Konturen des täglichen Lebens, die öffentlich vertretenen Ideologien und die nicht ausdrücklich erklärten Ziele politischer Organisationen.

Daher kann man dieses Buch auch als einen sechs Wochen im Spätsommer 1892 umfassenden Querschnitt durch die Strukturen des Lebens in der Stadt betrachten, verknüpft mit einer Längsschnittuntersuchung, die jedes einzelne der die Epidemie verursachenden Elemente auf seine Ursprünge bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurückverfolgt und den Auswirkungen und Ergebnissen der Epidemie bis ins 20. Jahrhundert nachspürt. Die ersten zwölf Unterkapitel des Buches nehmen somit jeweils *einen* Faden des Ursachenknäuels auf und folgen ihm bis zum Vorabend der Epidemie von 1892, während die übrigen zwölf, beginnend mit dem ersten Teil des vierten Kapitels, eine Erzählung und Analyse der Epidemie selbst liefern und deren Bedeutung im Licht der anfangs gestellten allgemeinen Fragen behandeln.

Diese Vorgehensweisen und die Fülle der Quellen, auf die sich das Buch stützt, erlauben es, das Innenleben einer deutschen Großstadt im 19. Jahrhundert in beispielloser Detailtreue vor Augen zu führen. In den letzten Jahren sind viele Forschungsarbeiten zur Geschichte des Alltagslebens in Deutschland entstanden, zum großen Teil Lokalstudien. Diese Entwicklung ist auf Kritik gestoßen; ich hoffe jedoch, in diesem Buch nicht nur eine Fülle von Material zur Alltagsgeschichte vorzulegen, sondern vielleicht auch nachzuweisen, warum die Beschäftigung damit so wichtig ist. Im weitesten Sinn gestattet sie uns ein Nachdenken über zahlreiche Aspekte des menschlichen Lebens, die auch für heutige Leser bedeutsam sind, obwohl sie von Fachhistorikern gewöhnlich vernachlässigt werden: Ebenso wichtig ist aber auch die Erkenntnis, daß politisches Verhalten und politische Ziele nicht einfach in einer autonomen, eigenen Sphäre existieren, sondern in den Strukturen und Erfahrungen des Alltagslebens verwurzelt sind. Zwar betrachtet dies Buch die Ver-

gangenheit auch «von unten», doch meine ich das in dem Sinn, daß die Sympathien eher bei der Masse des Volkes liegen als bei den wenigen, die sie regierten. Trotzdem denke ich nicht, daß es die oberen Ränge von Gesellschaft und Staat vernachlässigt oder nicht auch versucht, die Innenwelt von Hamburgs herrschenden Schichten mit so viel Sympathie zu schildern, wie der Verfasser aufzubringen vermag.

Zwangsläufig überschreitet ein Buch, das solche Ziele verfolgt, zahlreiche von der Wissenschaft gesetzte Grenzen: Es schließt demographische Geschichte und Geschichte der Lebensverhältnisse ebenso ein wie Umweltgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung. Keinesfalls ist es eine medizinhistorische Studie im herkömmlichen Sinn; vielmehr nähert es sich der Geschichte von Medizin und Krankheit vom Standpunkt des Sozialhistorikers und siedelt diese Gegenstände in ihrem zeitgenössischen gesellschaftlichen und politischen Rahmen an, nicht aber in der langfristigen Entwicklung wissenschaftlicher Medizin, wie sie sich vom Standpunkt der Gegenwart aus darbietet. Beim Schreiben dieses Buches haben mich im Verlauf der letzten 25 Jahre erschienene Arbeiten zur Sozialgeschichte der Cholera in Amerika, Großbritannien, Frankreich und Rußland beeinflußt; bisher existiert keine solche Untersuchung für Deutschland. Da ich Vergleichsmaterial, insbesondere für Preußen, heranziehe, hoffe ich, mit diesem Buch einen Schritt auf dem Weg zu einer solchen Studie zu tun. Nicht nur die Medizinhistoriker mögen mir vergeben, daß ich mich auf ihr Fachgebiet gewagt habe, sondern auch die Fachleute zahlreicher anderer Unterdisziplinen, in die historische Forschung heutzutage unglücklicherweise zu zerfallen scheint – von der Geschichte des Wohnens bis zur Geschichte der Urbanisierung. Aber vielleicht können sie auch etwas lernen, wenn sie sehen, daß die Gegenstände, um die es ihnen geht, in einen allgemeineren Zusammenhang gestellt und sozusagen mit den Augen eines Außenseiters betrachtet werden.

Selbst wenn es so scheinen mag, ist dieses Buch keinesfalls als vornehmlich quantitative Untersuchung konzipiert. Um die soziale Ungleichheit in der Stadt in etwa zu belegen, hielt ich es für erforder-

derlich, auf statistische Analysen zurückzugreifen, doch habe ich angesichts der zahlreichen Probleme, die sich durch das vorliegende Material ergeben, versucht, diese Analysen stets in einen qualitativen Zusammenhang einzubetten. Die Anwendung raffinierter Methoden statistischer Auswertung des Materials schien letztlich in keinem Verhältnis zum Aufwand zu stehen, den sie bedingt hätte, und so habe ich mich mit einer sehr einfachen Ebene statistischer Überprüfung begnügt. Um es mit quantitativem Material oder den in diesem Buch behandelten Gebieten unvertrauten Lesern nicht unnötig schwerzumachen, habe ich es vermieden, die hier benutzten statistischen Quellen und Analysen bis ins einzelne aufzuschlüsseln. Auch habe ich mich bemüht, so vielen Statistiken wie möglich die Form leicht faßlicher Karten, historischer Querschnitte und anderer graphischer Darstellungen zu geben. Wer sich in die Probleme der statistischen Analyse des vorgestellten Materials vertiefen will, sei auf den statistischen Anhang der englischen Ausgabe dieses Buches verwiesen, der nicht in die deutsche Ausgabe aufgenommen wurde.

Trotz allem bleibt bei einem Buch dieses Umfangs, das sich auf eine beträchtliche Menge bisher nicht veröffentlichter handschriftlicher Quellen stützt, der wissenschaftliche Apparat zwangsläufig recht unhandlich. Ich habe mich dem entgegenzuwirken bemüht und ihn so weit wie möglich beschränkt. Die Anmerkungen sind mit Absicht so abgefaßt, daß sie den Lesern einen Eindruck von der Art der Quellen vermitteln, auf die sich im Text gemachte Aussagen gründen. Sie können diese Quellen, sofern sie das wünschen, heranziehen und überprüfen. Mit ganz wenigen Ausnahmen sollen die Anmerkungen nicht dazu dienen, Themen von sekundärer Bedeutung zu behandeln; noch weniger ist beabsichtigt, die Sekundärliteratur zu allen behandelten Gegenständen vollständig aufzuführen. In ähnlicher Weise wurde auch die Angabe von Quellen streng auf solche begrenzt, die für die Analyse als nützlich empfunden und im Buch zitiert wurden. Zusätzliche Verweise lassen sich mühelos mit Hilfe der in den Anmerkungen genannten Monographien und Forschungsberichte auffinden. Am Ende des Buches gibt das Personen-

und Sachregister die heutigen Ortsbezeichnungen zusammen mit den seinerzeit üblichen an, wie sie im Text verwendet wurden. Dies ist vor allem dort wichtig, wo sich inzwischen die Staatsgrenzen geändert haben. Einer möglichen Irritation der Leser sei an dieser Stelle vorgebeugt: Ich habe mich entschlossen, die Orthographie der Ortsnamen in den zitierten Quellen nicht zu verändern und die vom heutigen Gebrauch zum Teil abweichenden Schreibungen auch in meinen Text einzuführen. Wenn statt dem heute üblichen «Barmbek» oder «Billwerder Ausschlag» von «Barmbeck» oder «Billwärder Ausschlag» die Rede ist, dann sollen die historischen Namensschreibungen der Darstellung nicht Patina verleihen, sondern lediglich störende Doppelformen vermeiden helfen. Auch bei allen Zitaten aus den Quellen, die ich benutzt habe, sind die historischen und individuellen Eigentümlichkeiten der Rechtschreibung beibehalten worden; wo Quellen nach der Sekundärliteratur zitiert werden, ist die dort verwendete, zum Teil modernisierte Orthographie übernommen worden. Für die deutsche Ausgabe habe ich die Ergebnisse der neuesten Forschungen zur hamburgischen Geschichte und zur Geschichte der Cholera in den Text eingearbeitet.

Bei einem so weit ausgreifenden Projekt wie diesem ist der Autor mehr als sonst auf Hilfe angewiesen. Mein Dank muß vor allem der University of East Anglia gelten, die mir nicht nur Zeit und Möglichkeit zur Durchführung dieser Untersuchung zur Verfügung gestellt, sondern auch durch eine Vielzahl großzügiger Stipendien aus dem Special Travel and Research Fund of the School of Modern Languages and European History den Hauptteil der anfallenden Kosten getragen hat. Zu einer Zeit der allgemeinen Etatkürzungen und Einsparungen an den britischen Universitäten hatte ich in der Tat das Glück, einer Institution anzugehören, die nach wie vor den Mut besitzt, Forschung auf dem Gebiet der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften aus eigenen Mitteln zu unterstützen, was ihr freilich auf anderen Gebieten Nachteile einträgt. Außerdem stehe ich in der Schuld der Universität Hamburg, die mir bei meinen zahlreichen Besuchen zwischen 1978 und 1985 Unterkunft in ihrem Gästehaus gewährt hat, sowie dem Institut für Europäische Geschichte in

Mainz und dessen Leiter, Professor Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin, für die ruhige und kollegiale Atmosphäre während der letzten Stadien der Niederschrift, der Alexander-von-Humboldt-Stiftung für großzügige finanzielle Unterstützung, dank deren ich dem vorliegenden Buch Zeit widmen konnte, als ich bereits an einem anderen, mit diesem verwandten Projekt arbeitete, sowie der British Academy dafür, daß sie meine Forschungsarbeit in einem früheren, entscheidenden Stadium gefördert hat.

Im Verlauf meiner Arbeit hatte ich Gelegenheit, an der ersten in Deutschland abgehaltenen Tagung zur Sozialgeschichte der Medizin im Zentrum für interdisziplinäre Forschung an der Universität Bielefeld teilzunehmen. Ich danke deren Organisatoren, Prof. Alfons Labisch und Prof. Reinhard Spree, daß sie mir die Teilnahme ermöglichten. Auch bei den ersten Treffen des Hamburgischen Arbeitskreises für Regionalgeschichte, die 1982 stattfanden, sowie bei den Zusammenkünften des UEA-Forschungsseminars zur modernen deutschen Sozialgeschichte habe ich viel gelernt. Insbesondere letztere haben mir geholfen, meine Interpretationen der deutschen Geschichte zu entwickeln und zu präzisieren. Eine Vielzahl von Seminarteilnehmern hat sich geduldig im Entstehen befindliche Kapitel angehört, und zahlreiche ihrer Anmerkungen und Anregungen haben in der einen oder anderen Gestalt ihren Weg in den Text gefunden. Insbesondere schulde ich Dank für die Nachsicht, mit der das Seminar der Wellcome Unit for the History of Medicine in Oxford und die Datenbank für Demographie an der Universität Umeå in Schweden meine ersten zögernden Schritte in Richtung auf die Geschichte der Medizin und Demographie aufgenommen haben. Außerdem zog ich Nutzen daraus, daß einige der in diesem Buch vorgelegten Argumente und Belege in Hamburg beim gemeinsamen Historiker-Kolloquium der UEA und der Universität Hamburg diskutiert wurden, wie auch im Institute for European Population Studies an der Universität Liverpool, dem von Richard Smith im All Souls' College in Oxford organisierten Demographic and Family History Seminar, dem von Anthony Nicholls und Hartmut Pogge-von Strandmann am St. Antony's College in Oxford geleite-

ten German History Seminar, dem achten UEA Research Seminar in Modern German Social History, das 1985 in Norwich stattfand, sowie in Seminaren oder Vorlesungen der State University of California (Long Beach), der University of California in Riverside, am Institut für Europäische Geschichte in Mainz sowie den Universitäten Bielefeld, Düsseldorf, Essen und der Ruhr-Universität Bochum. Mein Dank gilt all denen, die diese Diskussionen veranstaltet und sich an ihnen beteiligt haben.

Zahlreiche Einzelpersonen und Institutionen haben während der Forschungsarbeiten zu diesem Buch beigetragen. Nicht nur hat Peter Loewenberg in seiner Wohnung in Westwood, Los Angeles, eine äußerst anregende abendliche Diskussionsrunde zusammengeführt, sondern mich auch auf einen romanhaften Bericht über die Epidemie des Jahres 1892 aufmerksam gemacht, den sein Großvater Jakob Loewenberg verfaßt hat, der einer «Sanitätskolonne» der Stadt angehörte; Frau Helga Kutz-Bauer lieh mir einen von Paul Schurek verfaßten Roman über die Epidemie. Beiden bin ich tief zu Dank verpflichtet, wie auch Mrs. Ruth Evans (Oxford), die mir freundlicherweise gestattet hat, in ihrem Besitz befindliche Dokumente der Familie Mönckeberg einzusehen. Ausdrückliche Anerkennung für die Erlaubnis, aus Dokumenten zu zitieren, gebührt Carmen Gräfin Finck von Finckenstein-Jelmini und Dr. Edgar Petersen. Ebenfalls zu danken ist den Leitern und Angestellten der Bibliothek der University of East Anglia, der Bibliothek des Wellcome Institute for the History of Medicine (London), des Kirchenarchivs Hamburg, des Staatsarchivs Bremen, des Bundesarchivs Koblenz, des Stadtarchivs Berlin, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, und des Staatsarchivs der Freien und Hansestadt Hamburg, die mir alle überaus großzügig Fragen beantwortet und Material zur Verfügung gestellt haben. Auch bin ich dankbar für die Erlaubnis, die aus den in der Liste der Bilder genannten Quellen stammenden Abbildungen in mein Buch aufzunehmen.

Einigen Personen gegenüber habe ich eine besondere Dankeschuld, die abzutragen ich kaum hoffen kann. Allen voran möchte ich Herrn Claus Stukenbrock vom Staatsarchiv Hamburg für die

Geduld und Großzügigkeit danken, mit der er mir sein unvergleichliches Wissen über das Archivmaterial zur Sozialgeschichte Hamburgs in der Zeit, mit der ich mich beschäftige, zur Verfügung gestellt hat. Er hat sich während der vergangenen zwei Jahrzehnte den Dank mehr als einer Forschergeneration verdient. Ohne seine Hilfe und Anleitung hätte dies Buch nie beendet werden können. Zweitens danke ich Prof. Dr. Arthur Imhof (Freie Universität Berlin) sehr für die Ermutigung, die er mir in den frühen Stadien dieses Projekts zuteil werden ließ, noch mehr aber, weil er mir am Beispiel seines eigenen Werks gezeigt hat, daß sich statistisches Material leicht faßbar darstellen läßt, wenn man es graphisch aufbereitet. Besonderen Dank schulde ich in dieser Hinsicht Ian Brooke von der Graphics Unit der University of East Anglia für Ausdauer und Geduld, mit der er über mehrere Jahre hinweg sich unermüdlich einer wohl manchmal endlos erscheinenden Arbeit unterzogen und die Graphiken hergestellt hat, die einen wichtigen Bestandteil dieses Buches bilden. Wenn die statistische Analyse selbst überzeugend wirkt, ist das weithin das Verdienst von Joanna Bourke (Cambridge), die in letzter Minute dringend nötige Hilfe leistete. Paul Weindling (Oxford) hat mir großzügig Zeit und Einrichtungen zur Verfügung gestellt und mich nicht nur mit Nachweisen, Andrucken, Fotokopien und Ermutigungen auf einem Gebiet versorgt, auf dem er selbst eine führende Autorität ist, sondern auch kritische Kommentare zu einem Großteil des fertigen Typoskripts abgegeben. Sollten seine Bemühungen, mich im Hinblick auf die deutsche Medizingeschichte kundig zu machen, nicht sehr erfolgreich gewesen sein, liegt das ausschließlich an mir. Ich stehe ebenfalls tief in der Schuld von John Breuilly (Manchester); er hat mir in seiner üblichen Großzügigkeit nicht nur das von ihm im Lauf vieler Jahre zur Geschichte Hamburgs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zusammengetragene Material zur Verfügung gestellt, sondern mich auch mit seiner Sachkenntnis unterstützt. Logie Barrow hat mir bei meiner Forschungsarbeit in Bremen selbstlos Gastfreundschaft gewährt, und ich schulde ihm für seine beständige Ermutigung viel. Lynn Abrams, Cathleen Catt, Barry Doyle und Graham Ford haben

mich in der Endphase des Schreibens mit ihrem kritischen Interesse und ihrer Begeisterung unterstützt; ich danke ihnen allen dafür, daß sie das Typoskript gelesen und mir zahlreiche nützliche Anregungen gegeben haben. Das gilt insbesondere für Graham Ford, der sich der mühevollen Aufgabe unterzogen hat, das Korrekturlesen der Anmerkungen zu übernehmen. Mein Dank gilt auch Marjan Bhavsar für das Tippen zahlreicher früherer Entwürfe von einzelnen Kapiteln, Elvie Dobie für einen Teil der späteren Schreibebeiten und Carol Haines, die mit beispielhafter Schnelligkeit und Tüchtigkeit ein genaues und sauberes, fertiges Typoskript hergestellt hat.

Mehr, als ich sagen kann, schulde ich Elin Hjaltadóttir Dank für ihre beständige Nachsicht und Unterstützung sowohl in den schwierigen Anfangsphasen der Forschungsarbeit, als noch keineswegs sicher war, was – wenn überhaupt etwas – als Ergebnis meiner Aufenthalte in den Archiven herauskommen würde, wie auch in den späteren Stadien des Schreibens, als es bisweilen so aussah, als habe die Cholera-Epidemie auf den Haushalt übergegriffen und mache sich darin breit. Gewiß hätte das Buch nie vollendet werden können ohne die kritische Beteiligung, das beständige Interesse, die moralische Unterstützung und die wiederholte großzügige Gastfreundschaft meiner zahlreichen früheren und jetzigen Freunde in Hamburg, die sich so große Mühe gegeben haben, meine Arbeit an diesem Projekt erfreulich und lohnend zu gestalten; unter ihnen Michael Grüttner, Liz Harvey, Alan Kramer, Mary Lindemann, Tony und Willy McElligott, Helga Stachow und Volker Ullrich. Ihnen und zahlreichen anderen Hamburgern ist als kleines Zeichen des Dankes dies Buch gewidmet.

Norwich, Juli 1986
London, Juli 1990

R. J. E.

Aus technischen Gründen konnten die Zahlen in den Karten und Abbildungen nicht durchgängig an deutsche Schreibweisen angepaßt werden. So steht zwischen Prozentangaben und Dezimalen ein Punkt (15.8 %) statt eines im Deutschen üblichen Kommas (15,8 %).

Bei Zahlenangaben über 1000 erscheint ein Punkt zur Kennzeichnung der Tausender etc. (2.000; 3.200.000) statt des Zwischenraums (2 000; 3 200 000). Autor und Verlag bitten, diese Anglizismen zu entschuldigen.

1. Innenansicht einer Handelsstadt

Patrizier und Politik

I

Das von Bismarck 1871 gegründete Deutsche Kaiserreich wird von manchen Historikern als «Fürstenbund» bezeichnet;¹ strenggenommen war es jedoch keiner. Wohl faßte es in einem «ewigen Bündnis» 25 Mitgliedstaaten zusammen, über die ein Bundesrat, in dem sie alle vertreten waren, die souveräne Macht ausübte.² Doch während es sich bei 22 von ihnen, angefangen vom Königreich Preußen bis hinab zum kleinen thüringischen Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt, in der Tat um Monarchien handelte, waren die drei übrigen – die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck – Republiken. Sie hatten ihre Unabhängigkeit als Angehörige des machtvollen Hansebundes im Mittelalter erworben und es auf die eine oder andere Weise fertiggebracht, sie von da an zu bewahren. Schon lange vor der Mitte des 19. Jahrhunderts war Hamburg die größte und bedeutendste der drei Hansestädte. Nach Berlin war es die zweitgrößte Stadt im Deutschen Reich, mit großem Abstand vor den folgenden. Der Grund dafür war vor allem die günstige Lage Hamburgs an der Elbe: Der Verkehr aus dem Hinterland von Berlin bis zum fernen Prag passierte die Stadt auf dem Weg zur rund hundert Kilometer entfernten Nordsee. An Wohlstand, Größe und Bedeutung ließ Hamburg Provinzhauptstädte wie München, Stuttgart, Leipzig und Dresden weit hinter sich.³

Im Unterschied zu den anderen wichtigen deutschen Städten – mit Ausnahme Bremens – brauchte sich Hamburg keine von außen einwirkende, unmittelbare Kontrolle seiner Angelegenheiten gefallen zu lassen: Es war ein selbständiger Bundesstaat. In neuerer Zeit ist es üblich geworden, das Deutsche Reich als eine Art vergrößertes Preußen⁴ anzusehen; und die weitverbreitete Annahme, Preußen

und das Deutsche Reich seien so gut wie identisch gewesen, findet sich häufig in dem Begriff «Preußen-Deutschland» ausgedrückt, der auf das von Bismarck geschaffene politische Gebilde gemünzt ist.⁵ Auch das ist bestenfalls eine Halbwahrheit. Gewiß, die Mitgliedstaaten des Reiches konnten keine eigene Außenpolitik betreiben, und zweifellos wurden die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches von Preußen geführt. Das Heer, obwohl dem Namen nach dezentralisiert, unterstand ebenfalls de facto Preußen, vor allem dann, wenn es darauf ankam – im Krieg. Überdies war Preußen, sofern es das wollte, imstande, sich auch im Bundesrat eine Stimmenmehrheit zu verschaffen. Trotzdem verblieb den einzelnen Bundesstaaten ein beträchtliches Maß an politischem Spielraum, denn sie besaßen Möglichkeiten, ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zu regeln. Schul- und Bildungswesen, Polizei, Recht und Gesetz, Gesundheits- und Sozialfürsorge, Steuerwesen, Handels- und Wirtschaftspolitik: Diese und zahlreiche andere Bereiche überließ die Verfassung von 1871 weitgehend der Entscheidung der Bundesstaaten, wie dies auch schon in früheren Verfassungen der Fall war, beispielsweise in der des sehr lockeren Deutschen Bundes, in dem von 1815 bis 1866 die deutschen Einzelstaaten zusammengeschlossen waren.⁶

Letztlich bedeutete dies nichts anderes, als daß keinesfalls für das übrige Deutschland gelten mußte, was für Preußen galt. Preußen selbst war tief gespalten, denn die im Rheinland 1815 hinzugewonnenen neuen Gebiete hatten wenig mit dem ländlich geprägten Hinterland des alten ostelbischen Preußen gemein.⁷ Noch größer war die Vielfalt der im übrigen Reich vorherrschenden Überlieferungen, Institutionen und Denkgewohnheiten. Jeder Staat besaß seine eigenen Besonderheiten und seine eigenen Verfahrensweisen: Für kein Mitglied des Deutschen Reiches galt das mehr als für Hamburg. Historiker haben die Stadt sogar einen «Sonderfall in der Geschichte Deutschlands»⁸ genannt, einen «Fremdkörper in Preußisch-Deutschland»⁹ und «die allerenglischste Stadt des Kontinents».¹⁰ Als Insel republikanischer Gesinnung in einem monarchistischen Meer, als Bastion bürgerlicher Herrschaft in einem von Aristokraten beherrschten Reich scheint sich die Stadt nahezu jedem allgemeinen

Urteil zu entziehen, das die Historiker über das deutsche Kaiserreich gefällt haben.

Selbstverständlich muß nicht eigens betont werden, daß Hamburg stets genötigt war, auf die Wünsche der die Stadt umgebenden größeren Gebilde Rücksicht zu nehmen. Eine der Schwierigkeiten bei der Analyse der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft im Deutschland des 19. Jahrhunderts liegt in der notwendigen Erkenntnis, daß der Staat auf mindestens zwei verschiedenen Ebenen existierte, zwischen denen allerdings Wechselbeziehungen bestanden – auf Reichsebene und Länderebene. Diese föderative politische Struktur ermöglichte auf regionaler und manchmal auch auf lokaler Ebene ein beträchtliches Maß an Selbstbestimmung. Andererseits konnte der jeweilige Flächen- oder Stadtstaat nur innerhalb der auf Reichs- oder Bundesebene festgelegten Einschränkungen handeln. Diese wurden nach der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 deutlicher fühlbar und noch stärker nach der des Deutschen Reiches 1871.

Wegen seiner geographischen Lage gelangte Hamburg vor allem nach den auf das Jahr 1815 folgenden Gebietsveränderungen in den Bannkreis preußischer Macht.¹¹ Zwar besaß die Stadt ihre eigene Streitmacht in Gestalt des Bürgermilitärs. Sie wäre aber kaum imstande gewesen, der Berufsmilitär einer Großmacht mehr als symbolischen Widerstand entgegenzusetzen. Ohnehin war es Hauptaufgabe des Bürgermilitärs, die Ordnung innerhalb der Stadt aufrechtzuerhalten. Daher spielte Hamburg in Zeiten von Großmachtkonflikten eine Partei gegen die andere aus oder schlug sich, sofern das nicht möglich war, in der Hoffnung auf Zugeständnisse auf die Seite des Stärkeren. Beispielsweise ließ der Senat 1804, zu einer Zeit, als ein halbes Dutzend größere Armeen die Stadt hätten einnehmen können, als Geste des Friedens und des guten Willens die äußeren Befestigungen schleifen. Hamburg hatte bereits 1801 eine kurze dänische Besetzung erlebt, 1806 waren dann die Franzosen an der Reihe. Von 1807 bis 1808 waren rund 15 000 spanische Soldaten innerhalb der Stadtmauern einquartiert, anschließend traten erneut die Franzosen auf den Plan. Um weitere Unordnung zu

verhindern, beantragte der Senat 1810 eine Mitgliedschaft in Napoleons Rheinbund; doch im folgenden Jahr gliederte der französische Kaiser das Land um die Unterelbe als «Département des Bouches de l'Elbe» seinem «Grand Empire» ein. Obwohl die Stadtverwaltung nach französischem Vorbild umgestaltet wurde, stammte die Mehrzahl ihrer Mitglieder aus den Reihen des früheren Senats und der führenden Kaufmannsfamilien. Keinem von ihnen, nicht einmal dem «maire» Amandus Abendroth, scheint später irgendjemand Vorwürfe gemacht zu haben. Abendroth wurde sogar 1815 Erster Polizeiherr und spielte weiterhin auf Jahre hinaus eine führende Rolle in den Angelegenheiten seiner Stadt, deren Bürgermeister er dann 1831 wurde.

Als sich die Franzosen 1813 zurückziehen mußten, setzten sich Kosaken in Hamburg fest. Bald schon besetzten die Franzosen erneut die Stadt und erlegten den unglücklichen Einwohnern eine enorme Geldstrafe dafür auf, daß sie sich von den Russen hatten erobern lassen. Die französische Besatzungsmacht hob auf, was die Stadt noch an Autonomie besaß, und kümmerte sich nicht um Hamburgs führende Familien. So kam es, daß die Bürger dankbar die alte Verfassung von 1712 wieder in Kraft setzten, als 1814 die letzten französischen Soldaten zum Stadttor hinausmarschiert waren. Doch wie der Historiker Barthold Niebuhr klagte, fand sich in der Bürgerschaft nur wenig nationale Begeisterung.¹² Man wollte die Freiheit, sich um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern, nicht aber in ein größeres Staatswesen eingegliedert werden. Wie die Erfahrung der französischen Besetzung zeigte, war es den Bürgern Hamburgs gleichgültig, wer die Besatzungsmacht war, solange der Stadt ein hinreichendes Maß an Selbstbestimmung gewährt wurde. Immerhin waren zahlreiche der im 19. Jahrhundert wichtigen Hamburger Familien nicht deutschen Ursprungs, angefangen von den Amsincks bis zu den Chapeaurouges, Godeffroys, Slomans und O'Swalds. Der bayerische Diplomat von Homayer beklagte sich 1845, daß «ich in Hamburg blutwenig Deutsches zu finden vermag, außer der Sprache ... von irgendeiner deutschen Ader ist da keine Rede».¹³

Verstärkt wurde diese Distanz zum deutschen Nationalismus und zur deutschen Nationalität durch die bei Hamburger Kaufleuten weitverbreitete Neigung, ihre Söhne in eine der Auslandsvertretungen Hamburger Firmen zu schicken, damit diese dort ihren Beruf gründlich erlernten. Es ist durchaus kennzeichnend, daß beispielsweise die späteren Senatoren Adolph Hertz, Charles Ami de Chapeaurouge, Max Hayn und Johann Stahmer ihre Jugend in Ostafrika, Indien, Mexiko und Westindien verbrachten, bevor sie sich in der Vaterstadt als Kaufleute niederließen. Die meisten Angehörigen der großen und reichen Kaufmannsfamilie Amsinck absolvierten ihre Lehrjahre im Ausland; so war beispielsweise Martin Garlieb Amsinck (1831–1905) am Bau von Brunels Schiff «Great Eastern» in Glasgow beteiligt.¹⁴ Häufig hieß es, Hamburger Kaufleute kannten sich in Peru oder auf Sansibar besser aus als im eigenen Land. «Beiläufig bemerkt», schrieb Julius von Eckardt über seine Zeit als Senatssekretär in den siebziger Jahren, «gab es in dem damaligen Hamburg Dutzende älterer Herren, die <jede Stadt am Mississippi> aus direkter Anschauung kannten, zwanzig Male in London, aber niemals in Berlin gewesen waren.»¹⁵ Besonders eng waren die Beziehungen zu England. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde die Hälfte des Seehandels der Stadt mit englischen Schiffen abgewickelt.¹⁶ Viele der führenden Hamburger Firmen besaßen Filialen in London, und die größten Kaufmannsfamilien kultivierten selbstbewußt einen «englischen» Lebensstil, hielten sich englische Kindermädchen, kauften englische Kleidung¹⁷ und nannten ihre Söhne Percy, Henry, John oder William.¹⁸

Die nationalen Aspekte der Revolution von 1848 fanden aus diesem Grund in Hamburg nur wenig Widerhall. Lediglich die Schleswig-Holstein-Frage weckte in der Stadt eine gewisse nationale Begeisterung. Die Gründe dafür mochten darin liegen, daß es dabei um einen regionalen Markt und zugleich um einen für die Versorgung der Stadt wichtigen Raum ging, wie auch, daß das Herzogtum Holstein an die Unterelbe grenzte, Hamburgs Lebensader zum Meer.¹⁹ Auch wenn der Senat sie als Möglichkeit zur Unterdrückung der revolutionären Opposition begrüßte, zeigte die kurze Besetzung

Hamburgs durch preußische Truppen im Jahr 1849, daß sich die Stadt nicht auf alle Zeiten von der Politik auf nationaler Ebene ausschließen konnte. Noch deutlicher wurde dies anlässlich der Besetzung Hamburgs durch österreichische Truppen im Jahr 1851.²⁰ Der Stadt waren der preußisch-österreichische Sieg über die Dänen im Krieg von 1864 und die auf ihn folgende Abtrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark nicht zuletzt deshalb willkommen, weil sich dadurch die Beziehungen zu den beiden Herzogtümern verbesserten. Im Jahr 1866 lagen die Sympathien des Senats bei Österreich, das der Stadt – im Gegensatz zu Preußen – während der Wirtschaftskrise von 1857 mit einem großzügigen Darlehen unter die Arme gegriffen hatte. Seit den Tagen des Frankfurter Paulskirchen-Parlaments von 1848 hatte der Senat sich konsequent gegen Versuche zur Errichtung einer wirksamen Zentralgewalt in Deutschland gewendet. Anfänglich neigte er nicht dazu, den 1866 gestellten preußischen Forderungen nachzugeben, zu denen es gehörte, das Bürgermilitär unter preußische Führung zu stellen. In ihnen manifestiert sich Bismarcks Absicht, die Autonomie der Stadt durch ihre Eingliederung in den neu gegründeten Norddeutschen Bund, den Vorläufer des Reiches von 1871, einzuschränken.²¹ Doch gab der Senat schließlich nach, und als letzter der norddeutschen Staaten trat Hamburg dem neuen Bund und 1871 dem Deutschen Reich bei.²² Dies geschah einerseits aus Furcht vor Bismarcks Drohung, Hamburg als eine preußische Stadt einzugemeinden, andererseits im Vertrauen auf seine Zusage, er werde den Status der Stadt respektieren und ihre Handelsinteressen bei seiner künftigen Wirtschaftspolitik berücksichtigen.

Die von Bürgermeister Martin Haller 1870 als «unser Kontrakt mit Preußen» bezeichnete Einigung Deutschlands führte zu erkennbaren Veränderungen im Alltagsleben der Stadt. Wie andere Mitgliedstaaten des Deutschen Bundes auch besaß Hamburg eigene Maße, Gewichte und ein eigenes Postwesen; sie wurden im Norddeutschen Bund und später im ganzen Reich durch einheitliche Systeme ersetzt. An die Stelle der alten hamburgischen Währung – 12 Pfennig auf den Schilling, 16 Schilling auf die Mark Banco²³ – trat

die neue Dezimalwahrung des Reiches, und die Hamburger Schiffe führten nunmehr statt des alten Hamburger Wappens – silbern in rotem Feld eine zinnenbekronete Mauer von drei Türmen überragt – die schwarz-weiß-rote Reichsflagge. Das Burgermilitar wurde abgeschafft und das Zweite Hanseatische Infanterieregiment preuischem Oberbefehl unterstellt. Ihren eigenen diplomatischen und konsularischen Dienst mußte die Stadt aufgeben, und ihre Bürger unterlagen jetzt der Besteuerung durch das Reich, was allerdings keine schwere Bürde bedeutete. Das hanseatische Rechtssystem mußte auf das des Reiches abgestimmt werden; die Verfassungsänderungen von 1879, bei denen die richterliche von der exekutiven Gewalt, wie auch die Richter von den Anwälten getrennt wurden, waren weitgehend eine Folge der Einführung des im Reich geltenden Strafrechts anstelle des bis dahin in Hamburg bestehenden.²⁴

Nichts von alldem war der lautstarken Partei Alt-Hamburger Partikularisten im Senat recht, der die Bürgermeister Haller und Gossler sowie die Senatoren Sieveking und Rücker angehörten. Angeführt wurde sie von Bürgermeister Gustav Heinrich Kirchenpauer (geboren 1808, Senator seit 1843) und dem Senatssyndikus Karl Merck (geboren 1809, im Amt seit 1847).²⁵ Von 1867 bis 1880 vertrat Kirchenpauer Hamburg im Bundesrat, in dessen Politik er einen «Imperialismus nach allen Richtungen» sah. Die Verfassung tadelte er als Gebilde, durch das «die Senate zu Magistraten herabgesunken» seien.²⁶ Er widersetzte sich praktisch als einziger im Bundesrat Bismarcks Verfassungsvorschlagen und bekämpfte den Kanzler in den Fragen der Reichsflagge, des Militärdienstes und in vielen anderen. Selbst Bremen und Lübeck waren nicht bereit, ihn zu unterstützen. Bismarck seinerseits klagte, er sei in Kirchenpauer dem «engsten Partikularismus, einem Festhalten an Sonderinstitutionen, einer Abwehr gemeinsamer Lasten begegnet, wie bei keinem der Fürsten», löste eine Pressekampagne gegen Hamburg aus und zwang den Senat nachzugeben, was dieser unter schriftlichem Protest tat.²⁷ Der mit Kirchenpauer gemeinsam für Hamburgs Außenpolitik verantwortliche Senatssyndikus Merck war noch stärker in partikularistischen Vorstellungen befangen als dieser. «Wir verhehlen es nicht»,

schrieb er, «wir wollen Hamburger bleiben, wir wehren uns mit Kopf und Fuß gegen die immer näher rückende Gefahr, denn was ist denn das ganze Wesen, welches Berlin erzeugt, anders als eine allmähliche Aussaugung?!» Er erwog 1869 auszuwandern, um dem zu entgehen, was er als demütigende Lage ansah, und verglich 1870, mitten im preußisch-französischen Krieg, den örtlichen preußischen Armeekommandanten in Hamburg mit Marschall Davout, der während der napoleonischen Kriege die französische Besatzungsmacht bei ihrer Plünderung Hamburgs angeführt hatte.²⁸

Zwar weckte der bei Sedan 1870 erfochtene Sieg in Hamburg beträchtliche Begeisterung; doch zumindest von einem Senator hörte man, daß weitere rasche preußische Siege Hamburgs Autonomie gefährden würden.²⁹ Tatsächlich sah der Senat Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts den Bundesrat ausschließlich im Licht kommunaler Eigeninteressen. So gelangt der Historiker Hans-Georg Schönhoff, der die Beziehungen Hamburgs zum Norddeutschen Bund untersucht hat, zu dem Ergebnis:

«Wie die Verhandlungen über die Verwaltungsgesetze, die Gewerbeordnung, die Matrikularumlagen und das Oberhandelsgericht zeigen, hat Hamburg sich stets gegen diese Maßnahmen gestemmt, um seine partikularen Eigenheiten zu wahren und möglichst wenig durch den neuen Bund in seinen bisherigen staatlichen Lebensgewohnheiten gestört zu werden.»³⁰

Wenn es um Themen ging, an denen die Stadt kein Interesse hatte, was beispielsweise beim Kulturkampf der Fall war, folgte Hamburg der preußischen Linie; bei anderen, wie der Frage des Sozialistengesetzes, widersetzte sich die Stadt einfach deshalb, weil sie keinen Machtzuwachs für die Zentralregierung wünschte.³¹ Der Mehrzahl dieser Bemühungen war nur wenig Erfolg beschieden, obwohl der Senat bei der Gestaltung eines neuen Bankengesetzes³² eine Rolle zu spielen vermochte. Doch setzte sich Hamburg, was die Frage deutscher Konsulate betraf, gemeinsam mit Bremen durch und schlug, gewöhnlich mit Erfolg, für diese Posten, die für die Handelsinteressen der Hanseaten so bedeutsam waren, seine eigenen Kandidaten vor.³³ All das machte die Hamburger bei den Preußen nicht gerade

beliebt. «Die Hamburger», klagte der deutsche Botschafter in London im Dezember 1879, «sind die schlechtesten Deutschen die wir haben und mißbrauchen wo sie können die Reichsregierung nur für ihre Zwecke.»³⁴ Der Senat nehme, wie ein anderer preußischer Beamter anmerkte, «an den Fragen der großen europäischen Politik höchstens so weit Anteil ... wie sie auf das Börsengeschäft einwirkten».³⁵

Zu jener Zeit jedoch gewann die pro-preußische Partei im Senat allmählich die Oberhand. An ihrer Spitze stand mit Johannes Versmann der bedeutendste Senator Hamburgs im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.³⁶ Es lohnt sich, seine Laufbahn näher ins Auge zu fassen, weil sie in mancherlei Hinsicht kennzeichnend für die Biographie zahlreicher führender Angehöriger des liberalen deutschen Bürgertums jener Zeit ist, aber auch, weil er bei den später in diesem Buch beschriebenen Ereignissen eine führende Rolle spielte. Er war einer jener seltenen Außenseiter, die allein durch Fähigkeiten und Charakterstärke ihren Weg in der Politik Hamburgs gemacht haben. Als Sohn eines Apothekers, dessen Vorfahren aus Uelzen stammten, 1820 auf St. Pauli außerhalb der Stadtgrenze zur Welt gekommen, gehörte er nicht zum inneren Kreis der vielfach miteinander verwandten Großkaufmannsfamilien der Hansestadt. Er war ein Schulfreund des späteren Althistorikers und liberalen Politikers Theodor Mommsen; beide gehörten von 1837 bis 1839 demselben wissenschaftlichen Verein an. Versmann besuchte in den Jahren 1839 und 1840 die Gelehrtenschule Johanneum in Hamburg und nahm dann ein Medizinstudium in Jena auf. Da ihm die Medizinische Fakultät in Jena nicht zusagte, wechselte er 1842 nach Göttingen und 1843/44 nach Heidelberg, wo er Jura belegte. Sein Studium schloß er 1844 ab. Nach Hamburg zurückgekehrt, trat er in eine Anwaltskanzlei ein und arbeitete dort zusammen mit Carl Petersen, später sein Mitsenator, auf dem Gebiet des Handelsrechts. Bald übernahm er eine aktive Rolle in der Politik. An der Universität hatte er bereits in liberalen Kreisen verkehrt und dort den späteren radikalen Demokraten Gustav Struve kennengelernt; im Jahr 1845 trat er dem St. Pauli-Bürgerverein bei und 1846 der Gesellschaft

Hamburger Juristen – beides führende Institutionen der liberalen Opposition, die sich zu jener Zeit gegen die alte hamburgische Verfassung zu formieren begann.³⁷

Die Revolution von 1848 rückte Versmann zum erstenmal in den Vordergrund. Er schloß sich einem Aufgebot von Freiwilligen an, das gegen Dänemark marschierte, am 9. April wurde er von den Dänen gefangen genommen und inhaftiert. Nach dem Waffenstillstand von Malmö wurde er entlassen und kehrte nach Hamburg zurück, wo er als einer der Sprecher der liberal-demokratischen Opposition auftrat und in die Konstituante gewählt wurde, die 1849 zusammentrat. Bald hatte er die Delegierten so beeindruckt, daß sie ihn am 14. März zum Vorsitzenden wählten. Aber die auf die preußischen Truppen gestützte Verzögerungstaktik des Senats machte das Werk der Konstituante zunichte. Versmanns letzte Ansprache vor ihrer Auflösung konnte als Motto über seiner gesamten politischen Laufbahn stehen. «Gegen die Macht der Ereignisse», sagte er, «vermag keiner anzukämpfen. Wohl uns, doppelt wohl, unter solchen Umständen, daß wir sagen können, wir haben unsere Pflicht getan.» Seine Bemühungen waren darauf gerichtet gewesen, Verwaltungskontinuität zu gewährleisten: Dabei sollten gerade so viele der alten Institutionen beseitigt werden, wie nötig war, um die Forderungen der Bevölkerung zu befriedigen. Geschlagen zog er sich aus dem öffentlichen Leben zurück, nahm seine Anwaltstätigkeit wieder auf und wurde 1859 Präses des Handelsgerichts. Die neue Verfassung von 1860 jedoch brachte Versmann die unmittelbare Wahl in die Bürgerschaft, deren Präsident er sogleich wurde. Seine erfolgreichen Bemühungen, mit dem Senat zu einem endgültigen Kompromiß über die verbleibenden Einzelfragen der Verfassungsreform zu gelangen, trugen ihm Zustimmung von allen Seiten ein. Er wurde 1861 Senator und bekleidete dieses Amt ohne Unterbrechung bis zu seinem Tod im Jahr 1899.

Während seiner ersten Jahre im Senat galt Versmann als «etwas isoliert», zweifellos wegen seiner eher einfachen Herkunft, wohl aber auch, weil er sich für Ziele einsetzte, die in Hamburg nicht allen am Herzen lagen. Beispielsweise war er ein Vorkämpfer der Verwal-

tungsreform; mehr als zwanzig Jahre lang bemühte er sich erfolglos, den Senat dazu zu überreden, er möge minder bedeutende Aufgaben einer mit Fachleuten besetzten Verwaltung übertragen. Er drängte auch darauf, fest besoldete höhere Beamte zu ernennen, lange bevor der Senat dies schließlich tat.³⁸ Trotz des hohen Ansehens, das er im Senat genoß, war er nicht besonders beliebt – bei führenden Mitgliedern einer Körperschaft, die, um wirken zu können, in hohem Maße auf informelle gesellschaftliche Beziehungen angewiesen war, ein nicht gerade häufiges Phänomen. Johann Georg Mönckeberg, der private Nachrufe auf die Mehrzahl seiner Kollegen anlegte, hatte zu Versmann ausnahmsweise keine persönlichen Erinnerungen beizusteuern; er fügte lediglich ein Exemplar der saft- und kraftlosen Rede bei, die er bei der Vereidigung von Versmanns Nachfolger gehalten hatte.

Seine beherrschende Stellung im Senat gewann Versmann gleichermaßen durch seinen nüchternen politischen Realismus, die intellektuelle Kraft seiner Argumente sowie durch seine Geduld, Beharrlichkeit und bisweilen auch Gerissenheit, wenn er für eine Sache kämpfte, an die er glaubte (Mönckeberg nannte ihn «hartnäckig»). Vor allem aber war Versmann gründlich. Während sich andere Senatoren weiterhin ihren Geschäften widmeten oder einfach im Privatleben entspannten, arbeitete er, dessen «unermüdliche Arbeitskraft» ein Kollege hervorhob,³⁹ sich in jede Materie ein, so daß er sich in allem auskannte, womit er sich beschäftigte. So kam es, daß andere, weniger energische Senatoren – die große Mehrheit also – einfach nichts gegen ihn auszurichten vermochten. Beispielsweise wurde 1887 Max Hayn als ältester kaufmännischer Senator zum Bürgermeister gewählt, um nach Kirchenpauers Tod für einige Monate die Lücke bis zur nächsten Wahl zu schließen. Doch: «Als Bürgermeister fungiert hat Hayn», Mönckeberg zufolge, «kaum, da Versmann mit großem Eifer die Geschäfte führte.»⁴⁰ Von pessimistischem und schwermütigem Wesen, besaß Versmann einen scharfen Blick für die politische Wirklichkeit, wie er bereits 1849 bewiesen hatte – «jenen sechsten Sinn ... der bei keinem wirklichen Politiker fehlen darf: die Witterung für das Mögliche und Erreichbare.»⁴¹ Sein

Biograph sah sich veranlaßt einzuräumen: «Hin und wieder hörte man allerdings, daß über seine kühle Zurückhaltung oder sein allzu absprechendes Urteil geklagt wurde.»⁴² Versmanns Ungeduld gegenüber Unfähigen wird auch bei einem nur flüchtigen Blick in seine umfangreichen Tagebücher hinreichend deutlich.

Er machte im Senat seinen Einfluß geltend, um die Alt-Hamburger Partikularisten 1866 und auch noch in den siebziger Jahren davon zu überzeugen, daß man dem preußischen Druck nachgeben müsse, und tat mehr als jeder andere, um die Einführung der Reichsgesetze und die Umorganisation des Schulwesens in der Stadt nach dem Beitritt zum Reich zu gewährleisten. Doch seinen größten Triumph erzielte er in der Frage des Zollanschlusses. Für die Hamburger Kaufleute galt als unumstößlicher Glaubensartikel, daß Freihandel die Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens sei. Nicht nur befürchteten sie, daß Zollschranken den Handel hemmen könnten, immer mehr Kaufleute waren auch im Import von Rohmaterial tätig, das sie weiterverarbeiteten und wieder ausführten, was nur in einem Freihandelssystem wirklich profitträchtig sein konnte. Daher weigerte sich Hamburg beharrlich, dem Deutschen Zollverein beizutreten, und erklärte bereits 1820: «Der Vorteil der deutschen Seestädte erheischte freien Handel. Von wem sie die Waren erhielten, wohin sie dieselben führten, käme gar nicht in Betracht.»⁴³ Schon 1845 hatte Versmann, vorwiegend aus nationalen Gründen, einen Beitritt Hamburgs zum Deutschen Zollverein befürwortet.⁴⁴ Doch noch dreißig Jahre später war sein Wunsch nicht erfüllt. Der Freihandel galt den Bürgern Hamburgs als eine Art Dogma; in ihm sahen sie nicht nur die Grundlage des Wohlstandes der Stadt, sondern ihrer gesamten Lebensweise. Diese Ansicht faßte der Präsident der Commerz-Deputation in einem Trinkspruch auf den englischen Freihandelsvorkämpfer Richard Cobden bei dessen Besuch in der Stadt 1847 zusammen: «Die Erzeugerin jeder anderen Freiheit, die Handelsfreiheit!»⁴⁵ Wie der preußische Historiker Heinrich von Treitschke später klagte, hatten in Hamburg die Befürworter des Freihandels «nach deutscher Weise aus der Not nicht nur eine Tugend, sondern eine Theorie» gemacht.⁴⁶

Nicht allein war es Hamburg gelungen, beim Beitritt zum Norddeutschen Bund 1866 seinen Status als zollfreier Hafen beizubehalten, die Stadt wollte auch noch nach der Gründung des Deutschen Reiches von 1871 nichts vom Zollverein wissen. Solange die Wirtschaftspolitik im Reich gleichfalls vom Freihandelsgedanken bestimmt wurde, schien es wenig Grund zur Sorge zu geben. Doch 1878 beendete Bismarck diese Periode, indem er die Einführung von Importzöllen verlangte: Er wollte zum einen den Finanzen des Reiches aufhelfen, aber auch die Nationalliberalen verwirren, auf die er seiner Ansicht nach zu sehr angewiesen war, zum anderen die Grundbesitzer und Industriellen beschwichtigen, die Schutz vor der ausländischen Konkurrenz verlangten. Die neue Ordnung erforderte, daß Hamburg, Deutschlands größtes Einfuhrzentrum, dem Zollverein beitrat. Die Alt-Hamburger Partikularisten verglichen diese Absicht mit der 1808 erfolgten Einverleibung der Stadt in das Reich Napoleons.⁴⁷ Erneut stieß Kirchenpauer im Bundesrat mit Bismarck zusammen, diesmal aber war der vom Kanzler ausgehende Druck so stark – wozu auch die Drohung gehörte, Hamburg seinen Status als Freihafen mit Gewalt zu nehmen –, daß sich Kirchenpauer verpflichtet fühlte, seine Position als Bevollmächtigter Hamburgs im Bundesrat an Versmann abzutreten, da der Erfolg von Bismarcks Politik langfristig unaufhaltbar schien. Senat und Kaufmannschaft zerstritten sich in einer hitzigen Debatte über die Frage, ob die Stadt dem deutschen Zollverein beitreten sollte oder nicht. Versmann steuerte, unterstützt von Senatssyndikus Roeloffs, der zugleich sein «Alter ego» und seine rechte Hand war, einen behutsamen Mittelkurs zwischen den verfeindeten Parteien.⁴⁸ Er verhandelte über einige Punkte, ohne den Senat davon in Kenntnis zu setzen, und organisierte in Hamburg sogar öffentlichen Widerstand gegen den Zollverein, um von Bismarck so viele Zugeständnisse zu erreichen, daß die neue politische Linie für die Freihandelsmehrheit im Senat annehmbar wurde.⁴⁹ Schließlich wurde 1881 der von Versmann angebotene Vorschlag angenommen. Er sah im Hamburger Hafen ein riesiges neues zollfreies Gebiet vor, das zollrechtlich vom Hinterland abgeriegelt werden sollte. Diesen Freihafen, der der

Exportindustrie Areale für ihre Produktion bot, durfte Hamburg selbst verwalten und erhielt auch die Zusicherung, das könne auf vergleichsweise unbürokratische Art geschehen.⁵⁰

Die Eröffnung des neuen Freihafens und der Beitritt Hamburgs zum Deutschen Zollverein, der schließlich 1888 erfolgte, hatten tiefgreifende Auswirkungen auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben der Stadt. Zunächst aber bedeuteten sie das Ende der Alt-Hamburger Partikularisten und den Sieg der pro-preußischen Partei. Vom Augenblick seines Triumphes im Jahr 1881 bis zu seinem Tod im Jahr 1899 war Versmann, im Senat von einer immer größeren Anzahl seiner Schützlinge, wie beispielsweise Mönckeberg und Burckhard, unterstützt, die beherrschende Figur der Hamburger Politik. Sein einziger Rivale, der 1808 geborene Senator Carl Petersen, war bereits ein älterer Herr und stimmte ohnehin zu jener Zeit in den meisten entscheidenden Fragen mit ihm überein. Nicht ohne Bedeutung war die Tatsache, daß Versmann am 21. März 1899 zum letztenmal auf der politischen Bühne ausgerechnet in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des hamburgischen Zweigs des Deutschen Flottenvereins auftrat. Dabei sprach er sich für den Bau einer deutschen Kriegsflotte aus. Dieser Sache hatte er sich bereits 1861 aktiv verschrieben. Als liberaler Nationalist, der seinen Zielen nie untreu geworden war, hatte er zusammen mit dem größten Teil des deutschen Bürgertums einen langen Weg vom Widerstand im Jahr 1848 zur Unterstützung der auf Expansion gerichteten Weltpolitik der Reichsleitung um die Jahrhundertwende zurückgelegt.⁵¹

Nationales Empfinden war jedoch keineswegs unvereinbar mit dem Wunsch, regionale Besonderheiten beizubehalten, noch weniger mit dem Verlangen, Hamburgs Handel die bestmöglichen politischen Bedingungen zu sichern.⁵² Ebenso wie Historiker die Heftigkeit und Stärke partikularistischer Gefühle im zweiten und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts in Deutschland immer wieder unterschätzten, haben sie auch oft die Intensität überschätzt, mit der im Deutschen Reich in den letzten 25 Jahren jenes Jahrhunderts zentralistische und auf Vereinheitlichung gerichtete Tendenzen wirksam waren. Wie auch immer die Herrschenden in Hamburg die

Interessen des Deutschen Reiches als Großmacht einschätzten, sie hielten unverrückbar an dem Grundsatz fest, nicht die Preußen, sondern sie selbst seien am besten imstande zu beurteilen, was für Hamburg gut war. «Hamburg möge die Eigenthümlichkeiten erhalten, welche Niemand schaden ... Man möge sie schützen, so lange man könne.»⁵³ Ob das in großem Ausmaß möglich sei, bezweifelten Männer wie Versmann unverhohlen, der eine mit «Aufzeichnungen betr. Maßnahmen und Forderungen bei Verlust der Selbständigkeit Hamburgs»⁵⁴ gekennzeichnete Akte führte, doch daß die Selbstbehauptung der Hansestadt eines Versuchs wert war, mochte nicht einmal er bestreiten.

II

Hamburgs Besonderheiten begannen schon mit seiner halb- oder quasiparlamentarischen republikanischen Staatsverfassung. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts regierte sich die Stadt in allen wesentlichen Belangen selbst, entsprechend der als «Hauptrezeß» bezeichneten Verfassung, die ihr der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches 1712 in einem Versuch auferlegt hatte, einen über Jahre hinweg dauernden heftigen Streit zwischen Rat und Bürgern zu beenden. Nach dieser Verfassung wurde die Stadt vom Rat oder Senat gemeinsam mit der Erbgessesenen Bürgerschaft regiert. Allein solche Gesetze durften erlassen werden, die von beiden gebilligt wurden, obwohl der Erbgessesenen Bürgerschaft in der Praxis nur das Recht zustand, Entscheidungen ihre Zustimmung zu verweigern. Der Senat bestand aus vier Bürgermeistern⁵⁵ und 24 Senatoren, kooptierte seine Mitglieder, die auf Lebenszeit berufen wurden, und besaß eine allgemeine, ausführende Gewalt. Dem Senat gehörten außerdem vier nicht stimmberechtigte Mitglieder an, die gleichfalls kooptiert und «Syndizi» genannt wurden. Ihre Aufgabe war es, bei allen Senatssitzungen anwesend zu sein, die Senatoren juristisch zu beraten und einen Teil der spezielleren Verwaltungsaufgaben auszuführen. Schließlich gab es noch, um das Bild abzurunden, fünf Senatssekretäre. Die Erbgessesene Bürgerschaft bestand aus allen

männlichen Einwohnern der Stadt, die innerhalb deren Mauern Grund und Boden besaßen und überdies «freies» (nicht in Grundbesitz festgelegtes) Vermögen von mehr als 3000 Mark nachweisen konnten; Bürger war, wer das «Bürgergeld» (eine beträchtliche Summe) bezahlt hatte und ständig in der Stadt lebte.

Am 28. September 1860 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, gerade ein Dutzend Jahre nach der Revolution von 1848.⁵⁶ Sie brachte ein stärker parlamentarisches Element in die Verwaltung der Stadt. Der Grundsatz, Ämter durch Wahlen zu vergeben, wurde bekräftigt und die Zahl der Senatoren vermindert. Sie wurden künftig von Senat und Bürgerschaft gemeinsam aus einer Liste in die engere Wahl genomener Männer ausgewählt. Da Vertreter beider Gremien diese Liste gemeinsam zusammenstellten, besaß der Senat nicht mehr die Möglichkeit, seine Mitglieder selbst zu bestimmen, doch konnte nicht wieder abgewählt werden, wer einmal im Amt war, so daß er es lebenslänglich innehatte. Die Zahl der Syndizi wurde auf zwei und die der Senatssekretäre auf vier vermindert, von denen nur drei an Sitzungen teilnahmen, während der vierte kraft seines Amtes als Stadtarchivar fungierte. Die 1860 im Amt befindlichen Senatoren durften bleiben, so daß das neue Verfahren erst schrittweise mit dem Ausscheiden oder dem Tod der Amtsinhaber in Kraft trat.⁵⁷ Senat und Bürgerschaft teilten sich die oberste Gewalt in der Stadt, alle Gesetze mußten von beiden gebilligt werden. Die neue Bürgerschaft bestand aus 192 gewählten Abgeordneten, von denen 84 in allgemeiner Wahl durch steuerzahlende Bürger (die weiterhin ein beachtliches Bürgergeld zahlen mußten) ins Amt gebracht wurden. Weitere 60 wurden von den «Notabeln» gewählt – Bürger, die öffentliche Ämter am Gericht oder in den Deputationen bekleideten⁵⁸ –, während man den Grundeigentümern zur Wahrung ihrer Rechte die Möglichkeit ließ, in eigenen Wahlen 48 Bürgerschaftsabgeordnete zu bestimmen. Ihre Amtsdauer betrug sechs Jahre; alle drei Jahre wurde die Hälfte der Sitze durch allgemeine Wahlen und die besondere Wahl der Grundstückseigentümer neu vergeben. Diese Verfassung blieb im wesentlichen bis 1918 in Kraft. Sie wurde aber bis dahin, wie wir später sehen werden, durch zahl-

reiche jeweils äußerst umstrittene und keinesfalls unbedeutende Zusatzartikel ergänzt. Der erste aus dem Jahr 1879/80 verringerte die Zahl der Abgeordneten auf 160, wobei achtzig über die allgemeine Wahl und jeweils vierzig über die der Notabeln und Grundstückseigentümer ermittelt wurden. Bis kurz vor Ende des Jahrhunderts wurden dann keine weiteren Zusatzartikel in die Verfassung aufgenommen.⁵⁹

Insgesamt stärkten die Verfassungsänderungen von 1860 und 1879/80 die Macht des gewöhnlichen Bürgers in der Bürgerschaft: Die Zahl der Abgeordneten wurde verringert, wodurch leichter auf die Bedürfnisse der Bürger eingegangen werden konnte; die Bürgerschaft wurde für Diskussionen und Debatten geöffnet; die Zahl der Abgeordneten aus den Reihen der Notabeln und Amtsinhaber sank, und schließlich wurden Senatoren und Bürgerschaftsabgeordnete erstmals einer Wahl unterworfen. Indem aus dem Senat eine Wahlkörperschaft wurde, verschob sich das Kräftegleichgewicht in der Verfassung ein wenig zugunsten der Bürger, denn diese konnten sich jetzt der Ernennung solcher Senatoren widersetzen, deren Ansichten oder Persönlichkeit ihnen nicht paßten. Wollte allerdings der Senat einen bestimmten Mann als Mitglied haben, setzte er sich gewöhnlich durch: Zum Beispiel wurden von den bei Senatswahlen zwischen September 1886 und Februar 1900 abgelehnten sieben Kandidaten schließlich vier im zweiten Wahlgang, einer im dritten und einer sogar im vierten gewählt; einer starb bald nach seiner Wahlniederlage, und lediglich ein einziger Kandidat wurde nicht wieder aufgestellt.⁶⁰

Diese schrittweise eingeführten Reformen verschafften Hamburg zusammen mit dem Element der Kontinuität und dem Prinzip eines auf Grundbesitz gestützten parlamentarischen Systems, auch wenn es eigene, unverkennbare Merkmale aufwies, den Ruf einer «englischen» Stadt. Doch daß man Senatoren nicht dazu veranlassen konnte, ihr Amt aufzugeben, war ein offenkundig «deutscher» Zug, vergleichbar der Position der Staatssekretäre im Reich, die keiner unmittelbaren Kontrolle durch das Parlament unterstanden und die auch nicht durch Abstimmungen im Parlament aus dem

Amt entfernt werden konnten; der Kaiser ernannte Minister und konnte sie entlassen, gewählt wurden sie nicht. Andererseits besagt eine bloße Beschreibung der Formalia dieser Verfassung wenig über die Realitäten der Verwaltung der Stadt. Wie anderswo hing auch in Hamburg die Politik weitgehend von informellen Strukturen und von Überlieferungen ab, die aus dem Skelett der in der Verfassung enthaltenen Vorschriften erst einen lebenden Organismus machten. Auch hier schienen, wie wir sehen werden, Preußen und Preußentum in weiter Feme zu liegen; eine nähere Betrachtung dieser eher informellen Staatsstrukturen führt uns in die großbürgerliche Welt der Kaufmannschaft, die durch Thomas Manns Roman «Die Buddenbrooks» berühmt geworden ist.

Hamburg hatte nie ein geschlossenes Patriziat gekannt. Mit fiebriger Unbeständigkeit stiegen im 18. Jahrhundert die großen Handelshäuser auf und gingen unter; daran lassen sich Gefahren und Verdienstmöglichkeiten in einem sich rasch ausweitenden, auf Handel gestützten kapitalistischen System erkennen.⁶¹ Im 19. Jahrhundert schälte sich jedoch eine Anzahl großer Familien heraus, die den Senat beherrschten; im Zuge der Verfassungsänderungen entwickelte sich eine oligarchische Regierung der Stadt. Die Reformen von 1860 hatten kaum Einfluß auf die Forderung – auf die sich der Senat stets zurückziehen konnte –, daß Senatoren im wesentlichen aus den reichsten und gesellschaftlich angesehensten Kaufmannsfamilien zu wählen seien.⁶² Das änderte sich auch nach der Jahrhundertwende nicht sogleich. Als Rudolf Martin kurz vor dem Ersten Weltkrieg sein «Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in den drei Hansestädten»⁶³ zusammenstellte, konnte er immerhin zwölf der 18 Mitglieder des Hamburger Senats darin aufnehmen. So vielschichtig und komplex waren die Verflechtungen zwischen den Senatoren Hamburgs, daß ein ausgebildeter Genealoge vonnöten wäre, wollte man sie entwirren. Diese Familien bildeten große Sippen, wie beispielsweise die Amsincks, die nicht nur einen der führenden Hamburger Senatoren stellten, Bürgermeister Wilhelm Amsinck (1752–1831), sondern auch in eine Vielzahl anderer Senatorenfamilien einheirateten, wie die der Gosslers, Sievekings,

Burchards, Westphals und Mercks.⁶⁴ All diese Sippen besaßen beträchtliche Vermögen. Als reichster Mann der Stadt galt zu Anfang des 20. Jahrhunderts der Reeder Henry Sloman mit einem Vermögen von sechzig und einem Jahreseinkommen von mehr als drei Millionen Mark.⁶⁵ Auch er war mit den Amsincks versippt; eine der zahlreichen Enkelinnen Wilhelm Amsincks heiratete im Jahr 1900 den mit ihm verwandten Carl Brödermann-Sloman.⁶⁶

Die Amsincks waren nur eine von mehreren Dutzend solcher Sippen, die alle auf die eine oder andere Weise miteinander verwandt oder verschwägert waren. So saßen im Senat stets mehrere Männer, zwischen denen nähere oder fernere verwandtschaftliche Beziehungen bestanden. Beispielsweise waren vier der bedeutendsten Bürgermeister des 19. Jahrhunderts – Petersen, Mönckeberg, Kirchenpauer und Kellinghusen – miteinander verschwägert; von 1876 bis 1879 gehörten alle vier gleichzeitig dem Senat an.⁶⁷ Wer das Glück hatte, sich an einem Knotenpunkt des Verwandtschaftsnetzes zu befinden, das die großen Familien Hamburgs miteinander verband, durfte, entsprechende Fähigkeiten vorausgesetzt, damit rechnen, in der Politik rasch voranzukommen. Johann Heinrich Burchard, der nicht nur einer der Patrizierfamilien angehörte, sondern durch seine Frau Emily Amsinck in eine andere eingeheiratet hatte, wurde bereits mit 32 Jahren Senator. Wer nicht ins Patriziat hineingeboren war, besaß häufig die Möglichkeit, in eine patrizische Familie einzuheiraten. Johann Predöhl schuf sich rasch einen Ruf als einer der glänzendsten Juristen Hamburgs, so konnte er trotz seiner vergleichsweise bescheidenen Herkunft eine Amsinck heiraten und wurde später in den Senat gewählt.⁶⁸ Das ganze 19. Jahrhundert hindurch und bis weit ins 20. hinein bestand der Hamburger Senat aus Mitgliedern eng verflochtener Patrizierfamilien. Sie waren nicht nur miteinander verschwägert, sondern gehörten auch einem sehr viel weiter reichenden Netz verwandtschaftlicher Beziehungen an, das den wohlhabendsten Teil der Handels- und Finanzwelt in der Stadt überspannte.

Auch wenn häufig gesagt wird, Kaufleute hätten Hamburg regiert, die Wirklichkeit sah nicht so einfach aus. Der Verfassung von 1712

zufolge mußten drei der Bürgermeister, elf der Senatoren sowie alle vier Syndizi Juristen sein und ein Bürgermeister und 13 Senatoren Kaufleute. Diese Regelung wurde in der Verfassung von 1860 fortgeschrieben, der zufolge mindestens neun der 18 Senatoren und alle vier Syndizi Juristen sein mußten. Sieben Plätze waren den Kaufleuten vorbehalten, auch wenn sie in der Praxis häufig gleichfalls die verbleibenden zwei Sitze besetzten. Bürgermeister oder Senatspräsident durften traditionellerweise ausschließlich die Juristen unter den Senatoren werden. Nach den Reformen von 1860 gab es jeweils zwei Bürgermeister; jeder der drei dienstältesten juristischen Senatoren fungierte ein Jahr lang als Zweiter und im folgenden Jahr als Erster Bürgermeister. Anschließend setzte er ein Jahr aus, dann wurde der Zyklus wiederholt.⁶⁹ Auf diese Weise blieben die kaufmännischen Senatoren nach 1860 von den beiden wichtigsten Positionen mit der größten Machtfülle ausgeschlossen; in der Praxis hatten sie auch schon zuvor in der Exekutive nur eine relativ bescheidene Rolle gespielt. Im übrigen bewarben sich Kaufleute mit großen und bedeutenden Firmen, die ihren Beruf ernst nahmen, nur selten um einen Senatssitz, obwohl sie theoretisch auch nach der Wahl ihre Geschäfte weiterführen durften. Als Johann Georg Mönckeberg⁷⁰ 1902 auf seine lange Laufbahn als Senator zurückblickte, erinnerte er sich:

«Von den im Laufe der letzten Jahre ausgeschiedenen fünf kaufmännischen Senatoren – Möring, de Chapeaurouge, Stahmer, Hertz und Roosen – war keiner activer Kaufmann; Möring und Roosen hatten, so viel ich weiß, niemals ein eigenes Geschäft von irgendwelcher Bedeutung gehabt und die drei anderen hatten sich längst vom Geschäft zurückgezogen. Dasselbe gilt auch von Hayn, Grossmann und von Melle.»

Mithin bestand die Bedeutung dieser Männer nicht darin, daß sie aktive Geschäftsleute waren, denen in irgendeinem direkten Sinn die Vertretung der Interessen der hamburgischen Kaufmannschaft oblag. Mönckeberg erklärte, der Handelskammer seien die unmittelbaren Sorgen und Bedürfnisse der Kaufleute weit besser bekannt als jedem der sogenannten kaufmännischen Senatoren. Sie waren

gewöhnlich nicht nur als Kaufleute, sondern auch als Senatoren nicht besonders aktiv. Nach Mönckeberg «kann es nicht wohl einem Zweifel unterliegen, daß die kaufmännischen Herren im Allgemeinen für die Aufgaben des Senats weniger geeignet sind als die juristischen Mitglieder». Mit sehr seltenen Ausnahmen, wie beispielsweise Senator William O'Swald (geboren 1832, gewählt 1869 und ausnahmsweise in den Jahren 1908 und 1909 Bürgermeister), waren die Kaufleute im Senat den Juristen in keiner Weise gewachsen. Um den Erfordernissen der modernen Verwaltung zu genügen, fehlten ihnen die entsprechende Ausbildung und die Erfahrung, vor allem, weil die Verwaltung komplexer wurde und sich immer mehr gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen zu unterwerfen hatte. In den neunziger Jahren mußten auf allen möglichen Gebieten sorgfältig bedachte Gesetze erlassen werden, die häufig Feinheiten regelten, für deren Verständnis den Kaufleuten alle Voraussetzungen fehlten. In früheren Zeiten, so Mönckeberg, war die Verwaltung «wenig durch Gesetze gebunden» gewesen, und ein kaufmännischer Senator konnte «deshalb seinem gesunden Menschenverstande folgend mit großer Selbständigkeit verfahren». Es kam zunehmend seltener vor, daß solche Männer an die Spitze bedeutender Ausschüsse gestellt wurden. So war Carl Möring (geboren 1818, gewählt 1861), obwohl ein gewissenhafter Senator, für Mönckeberg «ein geistig wenig hervorragender Mann ... Seine Ansichten traten im Senat wenig hervor; er sprach selten, stimmte gewöhnlich mit dem Vorsitzenden.» Seine Stellung wurde noch dadurch geschwächt, daß er zurückgezogen lebte und in den Geselligkeiten der herrschenden Schicht Hamburgs kaum eine Rolle spielte. «Er hatte niemals die Leitung großer, wichtiger Verwaltungen.» Auch Adolph Hertz und Rudolph Roosen waren, wie Mönckeberg erklärt, «geistig nicht hervorragende Männer». Hertz wurde im Senat für seine langen Reden bekannt, seine Verwaltungsleistungen waren katastrophal. «Mit der Verwaltung der Baudeputation konnte er nicht fertig werden», heißt es bei Mönckeberg, und: «In der Steuerdeputation vermochte er die schwierigeren Fragen nicht zu besprechen.» Was Roosen betraf, äußerte Mönckeberg rundheraus: «Im Senat vermochte er keine Rolle

zu finden.» Beide traten später mit Rücksicht auf ihre angegriffene Gesundheit zurück.

Selbst ein klügerer und beliebterer kaufmännischer Senator wie Johann Stahmer (geboren 1819, gewählt 1875) besaß im Senat kaum größeres Gewicht. Sein «scharfer Verstand» und «liebenswürdiger Humor» hatten ihm nach Mönckebergs Ansicht im Senat «allgemeine Achtung und Beliebtheit» eingetragen, doch als Vorsitzender der Sektion für Strom- und Hafenbau – keines der schwierigen Ämter – blieb er erfolglos und geriet in zahlreiche Auseinandersetzungen mit wichtigeren Verwaltungsabteilungen wie beispielsweise der Deputation für Handel und Schifffahrt. Vielleicht weigerte er sich deshalb in späteren Jahren, verantwortungsvollere Ämter zu übernehmen. Als er nach Berlin geschickt wurde, um mit preußischen Beamten zu verhandeln, war er nicht imstande, seinen Auftrag auszuführen, und kehrte mit einer vorgeschützten Krankheit nach Hamburg zurück. Schließlich fand er seine Nische als eine Art Vorkoster und Mundschenk des Senats: «Wenn der Senat ein Fest gab, mußte Stahmer das Menu und die Weine prüfen.» Bei solchen Gelegenheiten war er auch als Tischredner sehr gefragt.

Wenn man Johann Georg Mönckeberg glauben darf, trugen die kaufmännischen Senatoren mithin nichts Bedeutendes zur Verwaltung der Stadt bei. «Worin besteht dann ihre Bedeutung für den Senat?» fragte Mönckeberg und fuhr fort:

«Ich möchte die Frage dahin beantworten, daß in der hamburgischen Regierung nach dem Grundgedanken der Verfassung nicht nur die juristische und verwaltungstechnische, sondern daneben auch die allgemein-bürgerliche Auffassung, der Standpunkt des sogenannten gesunden Menschenverstandes, das vorurtheilsfreie Urtheil, wie es in öffentlichen Angelegenheiten von gebildeten Laien erwartet werden kann, zur Geltung kommen soll und durch die kaufmännischen Senatoren zur Geltung kommt. Diese Zusammensetzung des Senats erleichtert eine Verständigung mit der Bürgerschaft, in welcher das Laien-Element (mit Bezug auf Verwaltungsfragen aller Art) das Uebergewicht hat, und ist außerdem die Consequenz der Organisation unserer Verwaltung. Wenn die Behörden zum großen Theil aus

bürgerlichen Mitgliedern bestehen, ist es nur consequent, wenn man bewährte Deputations-Mitglieder auch in den Senat wählt.»

Natürlich bedeutet hier «gesunder Menschenverstand» wie gewöhnlich eine Anzahl von Ansichten und Vorurteilen, deren Grenzen mehr oder weniger eng gezogen waren. Lediglich Kaufleute mit einem ganz genau umrissenen gesellschaftlichen und politischen Hintergrund wurden in den Senat gewählt; und Mönckeberg scheint die Ansicht vertreten zu haben, daß sie dort am nützlichsten waren, wo sie am engsten mit der Kaufmannschaft in Berührung blieben. Er lobte Senator Stahmer trotz dessen Abneigung gegenüber Verwaltungsaufgaben, eben weil seine Kontakte besonders gut waren:

«Theils aus eigener Erfahrung – er war lange Zeit in einem großen Hause in West-Indien thätig gewesen – theils durch den Verkehr in verschiedenen Kreisen, war er über die laufenden Fragen, die die Kaufmannschaft interessieren, gut unterrichtet; mit großer Selbständigkeit des Urtheils nahm er aber häufig einen entgegengesetzten Standpunkt ein, wie die leitenden Geister der Handelskammer.»

Die Handelskammer wurde in der Tat lange von mittleren und kleinen Außenhandelsfirmen beherrscht, was die großen Kaufmannsfamilien zwang, ihren Einfluß eher auf der Ebene nicht-institutionalisierter Herrschaftsmittel geltend zu machen.⁷¹ Hier waren die kaufmännischen Senatoren von besonderer Bedeutung. Die tägliche Verwaltungsarbeit im Senat wurde ganz ohne Zweifel von den Juristen geleistet; sie übten in der Stadt ganz unmittelbar die Macht aus.

III

«Recht» war im Hamburg des 19. Jahrhunderts mehr oder weniger gleichbedeutend mit Handelsrecht. Da Haftungs- und Vertragsfragen, Zahlungsverpflichtungen, Bergelohn und tausend weitere Rechtsprobleme des Überseehandels zu verwickelt waren, als daß die Kaufleute allein damit hätten fertig werden können, unterhielten die meisten großen Kaufmannsfamilien enge Verbindungen zu Anwaltssozietäten und sorgten dafür, daß diejenigen ihrer Söhne Jura

studierten, die sich dafür zu eignen schienen. Beispielsweise konnte die Familie Amsinck in jeder Generation einen Juristen vorweisen: Wilhelm Amsinck (1752–1831), dessen zweiter Sohn Wilhelm (1793–1874) sowie Wilhelms Sohn Caesar (1849–1922). Die übrigen männlichen Angehörigen dieser weitverzweigten Sippe betätigten sich nahezu ausschließlich als Kaufleute oder Reeder, allerdings war eine ganze Anzahl von ihnen mit Juristen verschwägert. Bis 1879 unterschied das Rechtssystem Hamburgs zwischen Advokaten und Prokuratoren. Nur letztere durften Fälle vor Gericht vertreten, doch war 1816 nach französischem Vorbild ein Gericht mit mündlicher Verhandlungsführung eingerichtet worden, das Handelsgericht, vor dem auch Advokaten auftreten durften und sich nicht durch einen Prokurator vertreten lassen mußten. Herkömmlicherweise wurden ehrgeizige Juristen lieber Advokaten, weil man aus dieser Position gewöhnlich ins Richteramt und von dort aus, wenn alles gutging, schließlich in den Senat aufsteigen konnte.⁷²

Der Juristenstand, zumindest jener Teil, der die Senatsmitglieder stellte – die Advokaten –, war eng ins Netz der großen Kaufmannsfamilien verwoben. Während die kaufmännischen Senatoren nicht selten aus zweitklassigen Handelshäusern stammten, wurden die juristischen Senatoren weitgehend unter den Mitgliedern der geachteten Patrizierfamilien ausgewählt. Das ging so weit, daß man auf erfolgreiche Juristen, die aus einer Patrizierfamilie stammten, starken Druck ausübte, damit sie dem Senat beitraten. So kam es 1875 zu einem größeren Eklat, weil Friedrich Sieveking, ein herausragender Jurist aus einer der großen bürgerlichen Familien, die Wahl zum Senat ablehnte und seine Tür vor den Lohndienern des Senats verriegelte, die ihn zur feierlichen Amtseinsetzung abholen sollten. Zwei Jahre später gab er mit kaum verhohlenem Unwillen nach und ließ zu, daß man ihn zum zweitenmal wählte – jedoch rief es weitere Mißbilligung hervor, als er 1879 zurücktrat, um am neu geschaffenen Oberlandesgericht ein Richteramt zu übernehmen.⁷³ Die juristischen Senatoren waren förmlich dazu prädestiniert, die Interessen der Kaufleute wahrzunehmen; durch ihre Familienverbindungen waren sie ständig einem Druck in diese Richtung ausge-

setzt. Dennoch wäre es grundfalsch, die juristischen Senatoren als Kreaturen der Kaufmannschaft ohne eigene Identität anzusehen. Erstens empfangen sie ausnahmslos ihre juristische Ausbildung außerhalb Hamburgs, da für diese Laufbahn ein akademischer Abschluß erforderlich war und Hamburg erst nach dem Ersten Weltkrieg eine eigene Universität gründete. Die Mehrzahl studierte in Heidelberg, Göttingen oder Bonn, und viele gehörten dem Corps Hanseatica an, einer Studenten aus den Hansestädten vorbehaltenen Verbindung.⁷⁴ Hamburgs Juristen hatten so bereits als Studenten von der Kaufmannschaft daheim unabhängige gesellschaftliche Bande geknüpft. Diese festigten sich nach ihrer Rückkehr durch den Heidelberger Klub, in dem Universitätsabsolventen, meist Juristen, einmal monatlich mit Freunden und Verwandten zusammentrafen, um Erinnerungen an ihre Studentenzeit zu pflegen.⁷⁵

Im Unterschied zu Berlin und anderen preußischen Städten bestand zwischen Anwälten und Richtern keine gesellschaftliche Kluft. Bis 1879 konnte in Hamburg niemand vor dem 27. Lebensjahr Richter werden. Die meisten Juristen schlossen ihr Studium mit 23 oder 24 Jahren ab und verbrachten die darauf folgenden Jahre in einer Anwaltskanzlei. Zusätzlich gab es die Gesellschaft Hamburger Juristen, mit dem «ausgesprochenen Zweck, die kollegialen Beziehungen zwischen Richtern und Anwälten zu fördern», wie der Anwalt und spätere Senator Carl August Schröder berichtete.⁷⁶ Jeder Anwalt und Richter in Hamburg gehörte ihr an. Anwälte saßen, ebenso wie Richter (oder ehemalige Richter) in der Bürgerschaft und konnten in den Senat gewählt werden. Dies Netz aus eher privaten Verbindungen überdauerte die Einführung von Berufsrichtern nach preußischem Vorbild im Jahr 1879 und diente auch der Auslese, denn mit seiner Hilfe konnte man radikale Demokraten und andere Abweichler unter den Juristen aufspüren und ihnen den Weg zu politischen Ämtern verlegen. So heißt es bei Schröder:

«Als ich Anwalt wurde, war die Zahl der Rechtsanwälte noch ziemlich gering, und man pflegte alsbald nach der Zulassung den älteren und bekannteren Herren Besuche zu machen und den jüngeren sich wenigstens vorzustellen. Auf diese Weise bildete sich

ganz von selbst ein kollegiales Verhältnis, das, von nahezu allen Herren gepflegt, nicht nur viele Annehmlichkeiten im Verkehr bot, sondern auch der Erledigung gerichtlicher und außergerichtlicher Sachen sehr zustatten kam. Daß auch diesem verhältnismäßig kleinen Kreis Persönlichkeiten angehörten, mit denen ein kollegialer Verkehr ausgeschlossen war, ist begreiflich.»⁷⁷

Bei ihrer Gründung im Jahr 1846 war die Gesellschaft Hamburger Juristen eine oppositionelle Kraft gewesen, denn der Anwaltsstand bemühte sich, die in der Stadt vom Senat (der seinerzeit zugleich als Berufungsgericht diente) ausgeübte Laiengewalt über das Rechtswesen einzuschränken und eine Gewaltenteilung herbeizuführen. Von ihr versprachen sich die Anwälte ein verstärktes Mitspracherecht in ihren eigenen Angelegenheiten. In der zweiten Jahrhunderthälfte hatten sie diesen Widerstand gegen den Status quo aufgegeben, doch bewirkte die Gesellschaft Hamburger Juristen die Absonderung der Rechtsanwälte von den Kaufleuten, indem sie ein eigenes Standesbewußtsein ausbildeten.

Carl August Schröder entstammte einer Juristenfamilie, auch bei den Amsincks kamen die Anwälte, wie wir gesehen haben, aus einem ganz bestimmten Zweig.⁷⁸ In ähnlicher Weise schien die Familie Mönckeberg eine Senatorendynastie zu begründen, die jedoch mit dem frühen Tod Senator Otto Mönckebergs 1893 ihr Ende fand. So groß waren Sippen wie die der Mönckebergs, daß sie unschwer der Verfassungsvorschrift Genüge tun konnten, nach der kein Sohn, Vater, Bruder, Onkel, Neffe oder Schwager eines amtierenden Senators zum Senator gewählt werden durfte.⁷⁹ Es scheint zumindest möglich, daß die großen Kaufmannsfamilien im Lauf der Zeit nicht mehr soviel Wert darauf legten, ihre Söhne Jura studieren und ein Senatsamt anstreben zu lassen, weil sie sich darauf verlassen konnten, der auf eher privater Ebene ausgeübte Druck und das durch Verschwägerung geschaffene Netz würden hinreichen, die juristischen Dynastien im Amt zu halten. Der gesellschaftliche Status von Anwälten war selbst dem der bedeutendsten Kaufleute vergleichbar. «Angeborene Herrschaftsansprüche», klagte ein Beobachter, «besaßen nach hamburgischer Anschauung eben nur Kaufleute und

Advokaten – zwei Menschengattungen, die ohne den Besitz eines materiellen Rückhalts nicht denkbar sind.» Allerdings hatten sie auch keinen Anlaß, sich über ihre finanzielle Lage Sorgen zu machen. Nicht nur stammten sie aus wohlhabenden Familien, sie verdienten mit ihrer juristischen Praxis glänzend – andernfalls hatten sie kaum Aussichten, für den Senat vorgeschlagen zu werden – und bekamen, einmal im Amt, ein stattliches Jahresgehalt, nämlich in den vierziger Jahren als Senator 4 000, als Bürgermeister 11 000 Mark. Im Jahr 1892 betrug das Gehalt des Ersten 30 000 und das des Zweiten Bürgermeisters 28 000 Mark.⁸⁰ Der Statusunterschied zwischen juristischen Senatoren und deren kaufmännischen Kollegen wurde dadurch betont, daß erstere 25 000 Mark verdienten, während sich letztere mit weniger als der Hälfte, nämlich 12 000 Mark, zufriedengeben mußten. Selbst ein Senatssyndikus erhielt mehr als ein kaufmännischer Senator (nämlich pro Jahr zwischen 16 000 und 18 000 Mark). Ausbildung und berufliche Tätigkeit der juristischen Senatoren verliehen ihnen ein gewisses Gruppenbewußtsein, das sich beispielsweise in Johann Georg Mönckebergs abfälligen Urteilen über seine kaufmännischen Kollegen im Senat zeigt. Schließlich führte die bloße Tatsache, daß nicht die kaufmännischen Senatoren, sondern die Juristen den größten Teil der täglichen Verwaltungsarbeit des Senats ausführten und die oberste Spitze der Verwaltung, den Bürgermeister, stellten, zwangsläufig dazu, daß sie die Angelegenheiten Hamburgs in einem größeren Zusammenhang zu sehen vermochten als die Kaufmannschaft. Allein deshalb, weil sie regierten, mußten sie unterschiedliche Gesichtspunkte in ihr Urteil einbeziehen. Ihre Aufgabe hieß nicht nur Förderung des Handels, sie mußten auch die gesellschaftliche Ordnung aufrechterhalten und den Frieden bewahren, und das Bewußtsein dieser Pflicht ließ sie bisweilen manche Dinge anders sehen und behandeln als die Kaufleute.

Andererseits konnten es sich die Anwälte im Senat nicht leisten, zu weit von der Linie abzuweichen, die die Kaufmannschaft von ihnen erwartete. Nicht nur waren sie durch die Ansichten eingeengt, die kaufmännische Senatoren, Handelskammer und Laien in mäch-

tigen Körperschaften wie der Finanzdeputation und der Deputation für Handel, Schifffahrt und Industrie vertraten, auch auf privater Ebene unterlagen sie einem alle möglichen Bereiche erfassenden Druck, den Angehörige, Bekannte und Nachbarn auf sie ausübten. Von besonderer Bedeutung waren die Herrendiners, zu denen Senatoren und vor allem reiche Kaufleute gewöhnlich die politisch einflußreichen Männer der Stadt einluden. Bei diesen Gelegenheiten aßen sich bis zu dreißig Gäste im Verlauf des Abends durch sechs bis acht Gänge, jeweils von einem anderen Wein begleitet. «Bei Herrendiners», erinnerte sich der Senatssyndikus Buehl, «traf man die Verwaltungschefs, leitende Beamte, Mitglieder der Bürgerschaft, Großkaufleute, einzelne Geistliche und sonstige Vertreter gelehrter Stände, Künstler u.s.w. Ein Vorzug dieser Einrichtung», fügte er hinzu, «war, daß sich dabei öfter Gelegenheit bot, schwierige amtliche oder politische Angelegenheiten zu erledigen, die an solcher Stelle viel leichter ins reine zu bringen waren als am grünen Tische.»⁸¹ Die Bedeutung solcher häufig stattfindender gesellschaftlicher Ereignisse lag darin, daß sie ein Meinungsklima erzeugten und überdies für die herrschende Schicht Hamburgs festlegten, was man sagen und denken durfte – und was nicht. Die juristischen Senatoren waren jedoch durch ihre juristische Ausbildung auch eingeeengt, denn wie Julius von Eckardt anmerkte, der 1874 Senatssekretär wurde:

«Weil das hamburgische Bedürfnis, von dem Juristen zunächst Schulung im gemeinen Recht und Kenntnis des Handelsgesetzbuchs verlangte, galt in den Kreisen der Regierenden für allendlich ausgemacht, daß die Herrschaft über diese beiden Disziplinen einen Schlüssel bilde, mit welchem alle Geheimnisse der Staatskunst und Politik aufgeschlossen werden könnten; was etwa noch an Volkswirtschaft und Handelswissenschaften erforderlich war, sollte am besten aus dem Verkehr mit hamburgischen Kaufleuten erworben werden, die als Praktiker großen Stiles alles besser wissen mußten als andere Leute.»⁸²

Diese amateurhafte Haltung den Regierungsgeschäften gegenüber war nicht nur für den Senat kennzeichnend, sondern fand sich in der gesamten Verwaltung Hamburgs.⁸³

IV

Der erste und offenkundigste Nachteil des hamburgischen Regierungssystems lag darin, daß die Exekutive nicht abgelöst werden konnte. Nach der Verfassung von 1860 durften Senatoren, die das siebzigste Lebensjahr erreicht hatten, bei vollen Bezügen aus dem Amt scheidern. Ein Senator konnte auch nach mindestens sechs Jahren im Amt zurücktreten; eine Pension wurde aber nur fällig, wenn er mindestens zehn Jahre sein Amt ausgeübt hatte und älter als sechzig Jahre war.⁸⁴ Jedoch führte das System der Wahl auf Lebenszeit nicht – wie man vermuten könnte – zu einer Greisenherrschaft. Natürlich wurden die Senatoren in Berichten gewöhnlich als «alte Herren» bezeichnet, und da es keine verbindliche Altersgrenze gab, waren in der Regel einige von ihnen über siebzig oder achtzig Jahre alt. Beispielsweise war der 1761 geborene Bürgermeister Bartels, der 1798 in den Senat eingetreten war, noch zur Zeit der Revolution von 1848 aktiv. Bürgermeister Petersen starb 1892 mit 83 Jahren in Amt und Würden, nachdem er 37 Jahre lang dem Senat angehört hatte.⁸⁵ Doch waren solch altehrwürdige Gestalten deutlich in der Minderheit, denn beim Stand von Medizin und Gesundheitsvorsorge im 19. Jahrhundert durften auch unter den Wohlhabenden nur wenige damit rechnen, ihre Tatkraft bis ins hohe Alter zu bewahren. Überdies wurden juristische Senatoren häufig in vergleichsweise jungen Jahren gewählt. Beispielsweise war Johann Georg Mönckeberg bei seiner Aufnahme in den Senat 37 Jahre alt, Johann Heinrich Burckhard, wie wir gesehen haben, sogar erst 32. Noch in der Kraft der jungen Jahre konnten sie also Bürgermeister werden, denn dies Amt war nicht ans Lebensalter geknüpft, sondern an die im Senat verbrachte Zeit.⁸⁶

Bei den vierzig zwischen Oktober 1879 und Ende 1906 amtierenden Senatoren betrug das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt des Todes 72 Jahre und vier Monate. Einige von ihnen starben schon so bald nach ihrer Wahl, daß von ihnen keinerlei Einfluß ausging: Beispielsweise wurde Eugen Braband am 16. März 1857 mit 44 Jahren

zum Senator gewählt, er starb am 3. Dezember desselben Jahres. Dr. Otto Mönckeberg wurde am 28. November 1892 Senator und starb am 14. Juni des folgenden Jahres mit 49 Jahren. Zahlreiche Senatoren starben zwar in den Sielen, doch traten erstaunlich viele entweder in den Ruhestand oder gaben ihr Amt ab. Von den erwähnten vierzig Senatoren schieden, mit Ausnahme der nach der Revolution von 1918/19 zum Rücktritt gezwungenen sechs, 15 Senatoren, das sind 44 %, freiwillig aus dem Amt, gingen in den Ruhestand oder wurden (in Einzelfällen) entlassen, starben jedenfalls nicht in Amt und Würden. Konnte ein Senator krankheitsbedingt seine Aufgaben nicht wahrnehmen, wurde starker Druck auf ihn ausgeübt, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Beispielsweise trat Gustav Hertz, Johann Georg Mönckeberg zufolge, 1904 zurück, als deutlich wurde, daß er «geistig geschwächt» war; Charles Ami de Chapeaurouge legte im November 1892 sein Amt nieder, als er wegen seines chronischen Rheumas nicht mehr gehen konnte, und Georg Kunhardt 1887 nach einer schweren Krankheit, in deren Verlauf man ihm ein Bein hatte abnehmen müssen und er die Fähigkeit zu sprechen nahezu vollständig eingebüßt hatte. Rudolph Roosen, der schon bei seiner im Alter von sechzig Jahren erfolgten Ernennung schwerhörig gewesen war, trat zehn Jahre später, im Jahr 1901, zurück, als seine zunehmende Ertaubung es ihm unmöglich machte, den Senatsberatungen zu folgen. Nur Senatoren, die nicht imstande waren, selbst über ihren Rücktritt zu entscheiden, zwang man dazu. Das war zum Beispiel bei Octavio Schröder der Fall, den man 1884 wegen Geistesstörungen von seinem Amt entband, wie auch bei Adolph Hertz, der 1901 «wegen Krankheit durch Senats- und Bürgerbeschluß» entlassen wurde. In vier Fällen traten Senatoren im Verlauf einer Krankheit zurück, die sich später als tödlich erwies, so daß sie noch vor Ablauf des Jahres starben.⁸⁷

Für einen körperlich und geistig einigermaßen gesunden Senator kam ein Rücktritt nicht in Frage (der oben erwähnte Friedrich Sieveking bildete eine vereinzelt und als skandalös empfundene Ausnahme von dieser Regel). Das bedeutete, daß viele Senatoren aus einer ganzen Reihe von Gründen in der Verwaltung der Stadt keine

besonders aktive Rolle spielten. Manche verloren einfach das Interesse daran, wie der 1807 geborene Peter Grossmann, der 1864 gewählt wurde. Johann Georg Mönckeberg erinnerte sich, Grossmann habe Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts «an der alten Zeit» gehalten, «als Hamburg noch kleiner und in mancher Hinsicht unabhängiger war, als man von Berlin aus nicht ein Wort hineinredete in die Hamburgische Regierung und Verwaltung». Um 1880 erschien er gewöhnlich nur zu feierlichen Anlässen und langweilte dabei seine Kollegen mit endlosen Geschichten über die alten Zeiten. Andere Senatoren erwiesen sich häufig als unfähig, den Übergang von der Anwaltstätigkeit zur Verwaltung des Stadtstaates zu bewältigen. So war der 1889 zum Senator gewählte Johannes Lehmann ein erfolgreicher Anwalt gewesen, ab 1858 Richter am Handelsgesicht und von 1861 an bis zu seiner Ernennung als Senator dessen Vizepräsident. Doch im Senat leistete er nicht viel. Obwohl 1892 erst 65 Jahre alt, war er aufgrund seiner geistigen Verwirrtheit kaum noch zu verstehen. Seine Diskussionsbeiträge waren, wie sich Mönckeberg beschwerte, «lang und langweilig», seine schriftlichen Berichte und auch die bei Senatssitzungen vorgelegten Anträge im allgemeinen völlig unverständlich. Als er im Dezember 1893 turnusgemäß zum Zweiten Bürgermeister gewählt werden sollte, regte sich in den Reihen seiner Kollegen beträchtlicher Widerstand, sie fügten sich schließlich, nachdem der Erste Bürgermeister sie nachdrücklich an die Tradition erinnert hatte. Die Treue zu Brauch und Herkommen lohnte ihnen Lehmann mit katastrophalen Ansprachen. Vor allem seine Äußerungen anlässlich eines Kaiser-Geburtstages «erregten Anstoß» bei seinen Kollegen und mißfielen ihnen «lebhaft». Auch Senator Gustav Hertz zählte bereits 65 Jahre und war nach Mönckebergs Ansicht bei seiner Wahl zu alt, um sich auf seine neue Rolle im Senat einstellen zu können. Er war als Liberaler an der Revolution von 1848 beteiligt gewesen und hatte anschließend eine beachtliche Karriere als Richter gemacht. Doch im Senat, merkte Mönckeberg an, «fehlte ihm die Energie und Elastizität, die dazugehört, in großen Verwaltungen eine Masse von Geschäften prompt zu erledigen. Als Chef der

Justizverwaltung wurde viel über ihn geklagt.» Sein 1836 geborener Kollege Friedrich Lappenberg, der 1888 ernannt worden war, arbeitete hart, doch trotz seiner Erfahrung als Richter war er, in Mönckeberts Worten, «keine kräftig hervortretende selbständige Persönlichkeit» und blieb ohne Einfluß.

Mit dem Auswahlverfahren für Senatoren – sie wurden mit Zustimmung des Senats aus der Bürgerschaft gewählt – waren also gewisse Unsicherheitsfaktoren verbunden. Trotz aller Erfahrung, die die Männer als Richter, Anwälte oder Kaufleute mitbrachten, vermochte niemand vorauszusagen, wie sie sich in der Verwaltung bewähren würden. Offenkundig Unfähige konnte man aussondern, da alle Senatoren Aufgaben in Ehrenämtern oder in der Bürgerschaft übernehmen mußten, doch Irrtümer waren auch dann nicht auszuschließen. Die Schwierigkeit bestand weniger darin, daß die Senatoren alt, sondern eher darin, daß die meisten von ihnen, unabhängig von ihrem Alter, unfähig waren. Da nie ein Senator wegen Unfähigkeit amtsenthoben wurde, beherrschten in der Praxis gewöhnlich ein oder zwei herausragende Mitglieder den Senat. Doch nicht einmal sie waren imstande, alle Zweige der Verwaltung im Griff zu behalten, und so blieben unvermeidlich wichtige Geschäftsbereiche in den Händen von Senatoren, die kaum imstande waren, sie zu verwalten. Einige, denen es schwerfiel, Aufgaben zu delegieren, versuchten alles selbst zu erledigen; andere wollten alles im Kopf behalten, statt sich Notizen zu machen oder Akten anzulegen. Wenn sie älter wurden, beherrschten sie oft nicht mehr das jeweils geltende Recht.⁸⁸ überdies merkte einer der Senatssekretäre in seinen Erinnerungen an:

«Die vom Senate zu bewältigende Arbeit war von Jahr zu Jahr, man möchte fast sagen, ins Ungemessene gestiegen. Sie umfaßte die mannigfachen Aufgaben einer deutschen Bundesregierung, einschließlich der damit verbundenen Mitarbeit im Bundesrat; ferner die vielseitigen Funktionen des Magistrats der zweiten Großstadt des Reiches, deren gewaltige Hafенbetriebe ganz besondere Aufgaben stellten; sodann die Aufsicht über die gesamte Verwaltung sowie über die religiösen Gemeinden.»⁸⁹

Mit zunehmender Komplexität ihrer Aufgaben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fiel es Senatoren, Syndizi und Sekretären, denen die verschiedenen Geschäftsbereiche übergeben wurden, damit sie dem Senat auf diese Bereiche abgestimmte schriftliche Vorlagen für seine Verhandlungen liefern konnten, immer schwerer, ihrem Auftrag gerecht zu werden.⁹⁰

Daß die Verantwortung für die Gesetzgebung zwischen Senat und Bürgerschaft geteilt war, erschwerte bald die Gesetzgebung noch mehr. Befand der Senat, daß ein neues Gesetz nötig sei, wurde der Bürgerschaft ein Entwurf zugeleitet, die zu seiner Prüfung häufig einen Unterausschuß einsetzte. Sobald er in zweiter Lesung gebilligt war, wurde der Gesetzentwurf an den Senat zur Ratifizierung zurücküberwiesen. Hatte aber die Bürgerschaft Zusätze eingefügt, die den Senatoren nicht genehm waren, kam es zu weiteren Verzögerungen. Der ganze Vorgang war, wie ein Beamter klagte, sehr zeitraubend.⁹¹ Hinzu kam, daß sich der Senat von 1842 bis 1896 in der Admiralitätsstraße traf, die Bürgerschaft hingegen im Gebäude der Patriotischen Gesellschaft, und die beträchtliche Entfernung zwischen den Sitzungsorten führte häufig zu weiteren Verzögerungen bei den Verhandlungen zwischen den beiden Körperschaften.⁹² Für Senatsitzungen waren keine besonderen Formen festgelegt. Abstimmungen erfolgten offen, entsprechend der Sitzordnung nach Anciennität in den beiden Reihen der Senatoren, wobei die beiden Bürgermeister erhöht saßen. Ein Quorum, also eine Mindestzahl von Senatoren, war für die Sitzungen nicht vorgeschrieben, doch wurde im allgemeinen vorausgesetzt, daß die Hälfte – neun – anwesend waren. Allerdings tagten auch kleinere Gruppen.⁹³

Das 1897 eingeweihte neue Rathaus enthielt neben dem Sitzungssaal des Senats zwischen den Garderoben einen kleinen Raum mit großen farbigen Glasfenstern und behaglichen Sesseln, die Senatslaube. Hier konnten sich Senatoren vor einer Sitzung treffen, während einer Sitzung besonders knifflige oder private Dinge miteinander besprechen, sie konnten sich auch dorthin zurückziehen, wenn ihnen die behandelte Angelegenheit zu speziell oder zu langweilig erschien. Ein Getränkeschrank enthielt Karaffen mit Rotwein,

Sherry, Cognac, Sodawasser und (im Sommer) Limonade, außerdem gab es Kuchen und Gebäck. Häufig hielten sich in der Senatslaube mehr Senatoren auf als im Sitzungssaal, der Erste Bürgermeister mußte sie vor Abstimmungen oder um die gewohnte Mindestzahl zu erreichen unauffällig zurückbitten. Senatoren bedurften keiner Erlaubnis, die Stadt zu verlassen, teilten aber gewöhnlich dem Ersten Bürgermeister die Zeiten ihrer Abwesenheit mit, die dem Herkommen nach nicht länger als einen Monat dauern sollte. Im Senat herrschte eine allgemeine Atmosphäre der Kollegialität. Die Senatoren führten Debatten mit feierlicher Höflichkeit, und da lautstarke Äußerungen oder Temperamentsausbrüche als lämmelhaft galten, waren heftige oder auch nur lebhaftige Debatten praktisch unbekannt. Obwohl die Redebeiträge gewöhnlich weitschweifig waren, drängte niemand je einen Kollegen dazu, sich kurz zu fassen, oder hätte die Stillosigkeit begangen, ihn zu unterbrechen. Der Erste Bürgermeister schaltete sich so gut wie nie ein, außer um bei Abschweifungen die Debatte zum Verhandlungsgegenstand zurückzuführen oder ganz allgemein darauf zu drängen, daß man «eine sich in die Länge verlierende Diskussion» abschloß.⁹⁴ An warmen Sommerabenden, wenn die Luft in dem fensterlosen Sitzungsraum während lang sich hinziehender Debatten immer schlechter wurde, ließ sich häufig beobachten, wie ein Senatssekretär anmerkte, daß «von den ehrwürdigen Charakterköpfen, die die Nachbarschaft des Präsidenten bildeten, ... einer nach dem andern in sanftem, erst bei Eintreten der Redepause unterbrochenen Schlummer»⁹⁵ versank. An Abstimmungen beteiligten sich alle; zu Enthaltungen oder zu der Aufforderung, eine abweichende Meinung im Protokoll zu vermerken, kam es selten. Wöchentlich gab es lediglich zwei, manchmal auch drei Sitzungen. Alles unterlag ungeschriebener Tradition, die aber nur in Ausnahmefällen nachdrücklich durchgesetzt wurde: eine weitere Ähnlichkeit zwischen der Verfassung Hamburgs und Englands, wenn auch zweifellos das englischste an den Geschäften des Senats die Geheimhaltung war, mit der sie betrieben wurden. Sie ging so weit, daß die Öffentlichkeit von den meisten Senatoren kein Bild ihrer Persönlichkeit besaß oder ihre Ansichten kannte.⁹⁶

In scharfem Gegensatz zu Preußen, das seit dem 18. Jahrhundert von einer ganztags tätigen Berufsbeamtenschaft wirkungsvoll verwaltet wurde, besaß Hamburg bis ans Ende des 19. Jahrhunderts keine bezahlten höheren Beamten. «Nur langsam und allmählich», schrieb Julius von Eckardt, Senatssekretär von 1874 bis 1882, «vermochten die in der übrigen Welt herrschenden Vorstellungen von der Würde und Bedeutung des Beamtentums am Elbufer Eingang zu finden.» Bis zur Jahrhundertwende galten Berufsbeamte, wie von Eckardt klagte, als «Diener». Der Präsident der Bürgerschaft, Dr. Otto Mönckeberg, rühmte 1892, «daß wir immer frei von steifen bürokratischen Formen geblieben sind und dadurch geweckt sei ein freier Gemeinsinn (Bravo)».⁹⁷ Die allem Bürokratischen gegenüber feindselige Haltung ging so weit, daß den Senatoren keine Amtsräume zur Verfügung gestellt wurden, sondern sie alle Aktenarbeit in ihren privaten Arbeitszimmern zu Hause erledigen mußten.⁹⁸ «Bis um die Jahrhundertwende wurde», wie sich ein Beamter später erinnerte,⁹⁹ «fast die ganze höhere Verwaltungsarbeit von den Senatoren, den Senatssyndizern und Senatssekretären und den in den Deputationen ehrenamtlich tätigen Kaufleuten geleistet.»

Diese «Deputationen» waren möglicherweise die bemerkenswerteste Besonderheit im Verwaltungssystem Hamburgs im 19. Jahrhundert. Sie verkörperten ein Ideal von amateurhaftem Politikverständnis und gesundem Menschenverstand, das gleichfalls eher englisch als deutsch wirkte. Ursprünglich hatte es 34 dieser Deputationen gegeben, jede war für einen bestimmten Verwaltungsbereich verantwortlich. Sie unterstanden jeweils einem Senator, unter ihren Mitgliedern fanden sich aber auch herausragende gewöhnliche Bürger. In den Verfassungen von 1860 bis 1879 bildeten die gegenwärtigen und früheren Mitglieder dieser Körperschaften gemeinsam mit den Richtern das Reservoir für die Wahl von Notabeln zur Bürgerschaft. Die Laienmitglieder der Deputationen wurden von der Bürgerschaft ernannt, mit Ausnahme einer Minderheit, die ihnen von Amts wegen angehörte; sie amtierten gewöhnlich für einen festgelegten Zeitraum, und es wurde erwartet, daß sie dies unentgeltlich taten. Jeder Deputation wurde vom Senat ein Etat zugeteilt, sie

mußte Rechenschaft ablegen, wenn die Ausgaben diesen überstiegen. Deputationen konnten dem Senat Vorschläge über ihren Zuständigkeitsbereich machen und besaßen unter Umständen einen beachtlichen Einfluß auf dessen Politik. Im wesentlichen jedoch lag ihre Hauptaufgabe in der alltäglichen Verwaltungsarbeit.¹⁰⁰

Die große Anzahl von Deputationen und das von ihnen in der Verwaltung bewirkte Durcheinander hatten schon in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu weitverbreiteten Klagen geführt, und so wurde ihre Zahl schließlich vermindert. Aus einigen wurden ehrenamtliche Körperschaften; so entstand beispielsweise aus der Commerz-Deputation die Handelskammer. Andere wurden zusammengelegt oder verschwanden. Doch das Prinzip der Laienverwaltung blieb unangetastet und bot den Besitzbürgern der Stadt eine weitere Möglichkeit, die Unabhängigkeit des Senats einzuschränken. Gegen Ende des Jahrhunderts sah sich ein höherer Senatsbeamter gezwungen, die Arbeit von Hamburgs Regierungssystem als «schleppend»¹⁰¹ zu bezeichnen, und tatsächlich war es schon lange nicht mehr in der Lage, bei plötzlich auftretenden Krisen und Katastrophen wirksam zu reagieren. Der Mangel an fähigen Senatoren, die ungeheure Zunahme der Regierungsaufgaben, die keine Änderung der Verwaltungsstruktur entsprach, die betulichen und langatmigen Beratungen des Senats, das schwerfällige System der Gesetzgebung und des Fehlens ausgebildeter höherer Beamter, die Zusammensetzung der Deputationen aus Laien – all diese Besonderheiten von Hamburgs Regierung führten dazu, daß die Verwaltung immer öfter zusammenzubrechen drohte angesichts der neuen Herausforderungen, denen sie sich im voranschreitenden Jahrhundert gegenüber sah.

Fraktionen des Kapitals

I

Hamburgs Wohlstand gründete sich im 19. Jahrhundert auf die Ausweitung des Welthandels, in der Ära des britischen «Freihandelsimperialismus» nach dem Sieg über Napoleon. Die Stadt wurde zum Hauptausfuhrhafen für Getreide, das die Briten in immer größeren Mengen vom europäischen Kontinent einfuhrten, um die schnell wachsende Stadtbevölkerung zu ernähren, und im Gegenzug zu Deutschlands Haupteinfuhrhafen für die Erzeugnisse der britischen Industrie. Unter deutschen Konkurrenten erhoben sich darüber weitverbreitete Klagen. «Was sollen die deutschen Barbaresken, die Hansestädte», wollte eine 1820 in Württemberg veröffentlichte Broschüre wissen, «deren Interesse als englische Faktoreyen auf Plünderung des übrigen Deutschlands, auf die Vernichtung seiner Industrie gerichtet ist?»¹ Rasch nutzte die Hansestadt die sich bietende Gelegenheit, als sich in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts nach der Befreiung Lateinamerikas von spanischer und portugiesischer Herrschaft der amerikanische Kontinent dem Handel öffnete. In den dreißiger Jahren begannen Firmen wie Hertz und O'Swald Handel mit Afrika zu treiben; um 1848 waren 37 hanseatische Firmen im Fernen Osten tätig. Seit diese Länder, in erster Linie auf anglo-amerikanischen Druck hin, in den sechziger Jahren ihre Grenzen für Einfuhren geöffnet hatten, erlebte der China- und Japanhandel einen Aufschwung. Die Firma Godeffroy gründete 1856 eine Niederlassung auf Samoa, und bald trieben Hamburger Kaufleute auch in weiten Teilen der Südsee Handel. Um 1846 gab es auf der ganzen Welt bereits 162 Konsulate Hamburgs.²

1865 importierte Hamburg britische Waren im Wert von 334 Millionen Mark Banco, was den Wert des Handels mit Afrika, Amerika

und dem Fernen Osten bei weitem überstieg. Doch mit dem Anwachsen der Guano verarbeitenden Düngemittelindustrie und dem steigenden Bedarf deutscher Industrien und Verbraucher an Rohstoffen, angefangen von Petroleum und Erzen bis hin zu Kaffee und Tabak, nahm der Überseehandel immer rascher zu. Zum Wachstum trug nicht nur die zügige Industrialisierung Deutschlands bei, das immer mehr Fertigwaren exportieren konnte, sondern auch die mit dem Bevölkerungswachstum des Landes verbundene zunehmende Binnennachfrage nach Importweizen und anderen Lebensmitteln sowie der Erwerb von Kolonien unter Bismarck in den achtziger Jahren. Anfänglich war die Kolonialpolitik in Hamburg unbeliebt, weil ihr der Geruch des Protektionismus anhaftete. Auch befürchteten die Kaufleute der Stadt, Annexionen würden Briten und Franzosen dazu veranlassen, ihre eigenen Kolonien dem deutschen Handel zu verschließen. Die Kolonialpropaganda fand in Hamburg hauptsächlich aus diesen Gründen nahezu keine Unterstützung, und der Senat wies Bismarcks Anregung zurück, sich an der Verwaltung der Kolonien zu beteiligen. In den neunziger Jahren aber war offenkundig geworden, wie vorteilhaft sich überseeische Besitzungen des Reiches auf Hamburgs Handel auswirkten, und vor allem aus diesem Grund stieß der Plan, die deutsche Hochseeflotte auszubauen, von der Jahrhundertwende an auf ein starkes Echo unter den Kaufleuten.³

Eine Vorstellung vom Ausmaß des Hamburger Seehandels vermittelt die Zahl der seegehenden Schiffe, die in den Hafen einliefen: Lag ihre Zahl zwischen 1816 und 1820 bei rund 2 200, so stieg sie von 1856 bis 1860 bereits auf 4 800, im Jahr 1887 betrug sie mehr als 7 000 und 1890 schließlich mehr als 8 000. Da die Transportleistung pro Schiff zu jener Zeit ständig zunahm, betrug die durchschnittliche Gesamttonnage der von 1816 bis 1820 pro Jahr in den Hafen einlaufenden Schiffe 76 000 t, von 1856 bis 1860 waren es 395 000 t. Sie verzehnfachte sich bis 1885 auf fast 3 700 000 t und erreichte 1890 schließlich die eindrucksvolle Zahl von 5 200 000 t, die sich in den folgenden fünfzehn Jahren noch einmal verdoppelte.⁴ Hamburg war nicht nur mit weitem Abstand Deutschlands größter Seehafen, es

stand auch in Kontinentaleuropa an der Spitze und war nach London, Liverpool und New York der viertgrößte Seehafen der Welt. Sein Handelsvolumen war, gemessen an der Tonnage der einlaufenden seegehenden Schiffe in den siebziger Jahren, dreimal so groß wie das Bremens, des zweitgrößten deutschen Hafens. In den neunziger Jahren war es bereits viermal größer und ließ auch Antwerpen und Rotterdam weit hinter sich. Allerdings begann sich dieser Abstand nach der Jahrhundertwende zu verringern.⁵ Unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg exportierte Hamburg ein gutes Fünftel aller deutschen Industrie- und Agrarprodukte und importierte ungeheure Mengen an Kohle und Erz für die deutsche Industrie sowie an Weizen, Kaffee und Tabak für den Binnenmarkt.

Mit dieser massiven Ausweitung des Seehandels ging ein rasches Anwachsen der Reedereien und des Hafenbetriebs einher. Noch in den siebziger Jahren stellten britische Schiffe mehr als die Hälfte der Tonnage, die in den Hamburger Hafen einlief, aber bis zur Jahrhundertwende hatten deutsche Reedereien ihren Rückstand aufgeholt und bis 1912 drei Fünftel der Gesamttonnage erreicht. Hamburgs Aktivitäten auf diesem Feld sind in erster Linie mit dem Aufschwung der Dampfschiffahrt verknüpft. Bereits 1863 war die Tonnage der in den Hafen einlaufenden Dampfer größer als die der Segelschiffe, und ab 1880 ging der Anteil der Segler sowohl in absoluten Zahlen wie auch relativ zurück. Zu den in Hamburg beheimateten größeren Dampfschifflinien gehörte die 1871 gegründete Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die drittgrößte deutsche Schifffahrtlinie. Hinzu kamen die Afrikanische Dampfschiffahrts-AG, die Deutsche Ostafrika-Linie und die Deutsch-Australische Dampfschiff-Gesellschaft. Viele dieser Reedereien trugen den Namen ihrer Gründer – so die Woermann-Linie, die Sloman-Linie, die Carr-Linie. Die größte von allen war die Hamburg-Amerika-Paketfahrt-Aktiengesellschaft (HAPAG), die unter Albert Ballins Leitung bald zur bedeutendsten Schifffahrtlinie der Welt aufstieg. Wie eine ganze Anzahl weiterer Hamburger Schifffahrtlinien wurde sie reich im Geschäft mit den Auswanderern in die Neue Welt. So verließ in den vierziger Jahren des 19. Jahr-

hunderts ein beträchtlicher Teil der Tausende deutscher Auswanderer, die Jahr für Jahr nach Amerika aufbrachen, ihre Heimat von Hamburg aus. Als dieser Auswandererstrom mit dem Anwachsen der Beschäftigtenzahl in Deutschlands Industrie im letzten Viertel des Jahrhunderts zurückging, machten Millionen von Auswanderern aus Rußland und den übrigen Ländern Osteuropas, die über Hamburg und Bremen nach Amerika wollten, diese Einbuße mehr als wett. Beispielsweise schifften sich 1892 mehr als 100 000 Auswanderer mit dem Ziel Vereinigte Staaten in Hamburg ein.⁶

Da Hamburgs Reeder die menschliche Fracht mit anderer kombinierten, konnten sie auf der Route über den Atlantik günstige Passagen in die Neue Welt und auf dem Rückweg niedrige Frachtraten anbieten, und umgekehrt. Anfang der neunziger Jahre erwirtschaftete die Hamburg-Amerika-Linie allein mit dem Auswanderergeschäft einen jährlichen Gewinn von 10 Millionen Mark.⁷ Sie besaß 1914 über 175 seetüchtige Schiffe mit einem Transportvolumen von mehr als einer Million Nettoregistertonnen. Die großen Ozeandampfer wie die «Deutschland» und die «Imperator» (damals das größte Schiff der Welt) trugen diesen Reedereien Ruhm im eigenen Land und einen weltweiten Ruf ein.⁸

Allerdings herrschten auf vielen der Auswandererschiffe äußerst primitive Bedingungen, da es den Reedern darum ging, die Kosten auf ein Mindestmaß zu drücken. Besonders bekannt dafür war die Sloman-Linie. Auf einem ihrer Schiffe, der «Howard», kamen 1858 bei der Überfahrt nach Amerika 38 von 286 Passagieren ums Leben, vermutlich durch Unterleibstypus; als 1868 ein anderes Sloman-Schiff, die «Leibniz», in New York anlegte, waren hundert der an Bord befindlichen Passagiere tot. Ein zeitgenössischer Bericht beschrieb das untere Zwischendeck, in dem die Passagiere mit den billigsten Passagen zu reisen gezwungen waren, als «vollständige Pesthöhle». Es war schlecht belüftet und bekam kaum Licht. Auf seinem Boden stand brackiges Bilgenwasser, und vom darüberliegenden Deck sickerten Urin und Exkremamente nach unten. Den 542 Menschen auf dem Schiff standen nur sechs Toiletten zur Verfügung. Bis 1887 brauchten solche Schiffe keinen Arzt an Bord zu

haben, obwohl dies um die Mitte der siebziger Jahre allgemein üblich wurde. Ähnliche Zustände herrschten auch auf anderen Schiffen.⁹

Die rasche Entwicklung dieses lukrativen Geschäfts führte in Hamburg bald zur Entstehung einer Schiffbauindustrie. Wohl gab es in der Stadt bereits zahlreiche Werften, doch waren sie auf Segelschiffe spezialisiert und verfügten nicht über die zum Bau von Ozeandampfern erforderlichen Anlagen. Die meisten von ihnen gingen auf Handwerksbetriebe zurück, an deren Spitze Schiffbaumeister standen. Der Übergang von Holz zu Eisen im Schiffbau und von der Segel- zur Dampfschiffahrt führte zum Aufstieg neuer Unternehmen, die bald anstelle der bis dahin marktbeherrschenden britischen Werften Dampfer lieferten. Rasch wurden die Reiherstieg-Werft, die Stülcken-Werft und andere schon lange bestehende Betriebe, denen der Übergang in das neue Zeitalter gelungen war, von Neugründungen überholt, vor allem von Blohm & Voss, in den dreißig Jahren vor dem Ersten Weltkrieg Hamburgs größte Werft. Wahrhaft bedeutend wurde der Schiffbau für Hamburg erst mit den achtziger Jahren. Auch hier kam dem wirtschaftlichen Aufschwung, der auf Hamburgs Beitritt zum Deutschen Zollverein folgte, besondere Bedeutung zu.¹⁰

Bis dahin hatte die Industrie im Wirtschaftsleben der Stadt nur vergleichsweise geringes Gewicht besessen. Die Kaufmannschaft hatte während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts alles in ihrer Kraft Stehende getan, um deren Wachstum einzudämmen. In krassem Widerspruch zum proklamierten Grundsatz von der Freiheit des Handels, den der Senat vertrat, verteidigte er Rechte und Privilegien der 38 Hamburger Handwerkerzünfte als Garanten wirtschaftlicher Stabilität und gesellschaftlicher Ordnung. Erst 1860 hob er die Anordnung auf, die Stadttore allabendlich zu schließen, was für die in den Vorstädten und Vororten Arbeitenden und in der Stadt Lebenden allerlei Nachteile mit sich gebracht hatte. 1865 endlich wurden in Hamburg die Privilegien der Zünfte abgeschafft und die Freiheit des industriellen Unternehmertums eingeführt.¹¹ Obwohl es in den vierziger Jahren in der Stadt lediglich zwei Fabriken mit mehr als hundert Arbeitern und nur eine gab, die sich der

Dampfkraft bediente, erließ man Warnungen vor einer «übertriebenen Ausdehnung des Fabrikwesens».¹² Als sich trotzdem Industriebetriebe in der Stadt ansiedelten, waren sie den Handelsinteressen streng untergeordnet. Der wichtigste Industriezweig beschäftigte sich mit der Verarbeitung und Veredelung von Rohstoffen zur Einfuhr und Wiederausfuhr. Dabei ging es vor allem um Lebensmittel wie Getreide, Kaffee und Schokolade, aber auch um Häute und Felle, Hartholz, Mineralerze, Guano und dergleichen. Natürlich wuchsen zur gleichen Zeit auch Gewerbezeige wie Hoch- und Tiefbau im selben Maße wie die Stadt, und ein beachtlicher Dienstleistungssektor sorgte für die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse der stetig zunehmenden Bevölkerung. Es soll 1879 in Hamburg an die 560 Fabriken mit knapp über 16 000 Arbeitern gegeben haben; Zahlen, die sich bis 1890, vor allem als Ergebnis des Beitritts der Stadt zum Deutschen Zollverein und der Eröffnung des Freihafens, nahezu verdoppelten. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Industrie in Hamburg betrug zwischen 1880 und 1900 rund 5 %.¹³

Zwar ließ sich nichts von all dem mit der Bedeutung des Handels vergleichen, doch konnte man an der Industrialisierung wichtige Veränderungen im Charakter des Unternehmertums in der Stadt erkennen. Funktionsfähig waren die großen Schifffahrtslinien und Werftbetriebe nur als Kapitalgesellschaften, die Aktien ausgaben, um Investitionskapital zu beschaffen, und Hamburgs führende Kaufmannsfamilien erwarben in beträchtlichem Umfang Anteile. So besaß die der Familie Amsinck gehörende Firma Johannes Schuback & Sohn eine beachtliche Zahl von HAPAG-Aktien, und Heinrich Amsinck gehörte von 1854 bis 1883 der Direktion jener Gesellschaft an.¹⁴ Zu den anderen Direktionsmitgliedern zählten Vertreter der Reedereien Ferdinand Laeisz und C. Woermann, beides Unternehmen, die sich auf den Afrikahandel und Getreidetransporte mit Segelschiffen spezialisiert hatten, sowie von Merck & Co. und A. Godeffroy, zwei der großen Hamburger Handelsbanken. Die Stadt war nicht mehr nur ein Handelszentrum, sondern auch eine Finanzmetropole. Bankhäuser wie Merck und

Godeffroy, Baur, Donner, Berenberg, Gossler, Heine und Warburg spielten beim Aufstieg von Schifffahrt und Industrie im späten 19. Jahrhundert eine bedeutende Rolle.¹⁵ Gewöhnlich verbanden solche Banken das Investitions- und Darlehensgeschäft mit Handel, Schifffahrt und Versicherungswesen – letzteres eine Haupteinnahmequelle, wenn man bedenkt, daß in den sechziger Jahren Hamburger Reeder für nahezu 500 Millionen Mark Banco seegehende Schiffe versichert hatten.¹⁶

So kam es in Hamburgs Wirtschaft spätestens seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu einer zunehmenden Kapitalkonzentration. Die neuen Industrieunternehmen und Schifffahrtslinien waren oft sehr groß, die Hamburg-Amerika-Linie gibt hierfür vielleicht das bedeutendste Beispiel. Nahezu alle großen Schifffahrtsgesellschaften standen in enger Beziehung zueinander und erwarben gegenseitig Anteile. Albert Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, saß beispielsweise im Vorstand der Woermann-Linie, der Kosmos-Linie wie auch der Deutschen Levante-Linie. Solche Verbindungen wurden durch die persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen gefestigt, die zwischen führenden Hamburger Kaufleuten und Reedern bestanden. Beispielsweise war Hermann Blohm, anfangs gewiß ein Außenseiter, schon bald mit einer Schwester des Senators Otto Westphal verheiratet, dessen Gemahlin eine geborene Amsinck und dessen Schwägerin, ebenfalls eine geborene Amsinck, Halbschwester der Ehefrau des Bürgermeisters Burchard war.¹⁷ Solche Verbindungen auf privater Ebene waren zweifellos von Nutzen, als die Reeder 1884 den Verein Hamburger Reeder gründeten, wie auch schon 1875, als sie mit ihren Konkurrenten in Bremen Preisabsprachen trafen. Ein ähnlicher Konzentrations- und Organisationsprozeß spielte sich im Schiffbau ab, als sich über siebzig Werften und Betriebe aus der Schiffsausrüstung im Verband der Eisenindustrie vereinigten, an dessen Spitze bei seiner Gründung 1888 Hermann Blohm trat. Eine große Zahl von Unternehmen aus allen möglichen Branchen wie Schiff- und Maschinenbau, Metallverarbeitung, Reederei- und Brauereiwesen sowie aus anderen Industriezweigen mit insgesamt an die

50 000 Arbeitern schloß sich zum Arbeitgeberverband Hamburg-Altona zusammen. In vergleichsweise kurzer Zeit hatten Kaufleute, Bankiers, Reeder und Industrielle mithin die am engsten geknüpften und am höchsten organisierte Kapitalkonzentration in ganz Deutschland geschaffen.¹⁸

II

Das ganze 19. Jahrhundert hindurch und noch darüber hinaus zweifelte niemand in der Führungsschicht Hamburgs daran, daß der Handel, vor allem der Überseehandel, die Grundlage des Wohlstands der Stadt bildete. Wie wichtig auch immer Schifffahrt, Versicherung, verarbeitende Industrien, Bankwesen, Schiffbau und andere Branchen sein mochten, letztlich hingen sie alle nach wie vor von Aktivität und Ruf der Stadt als Handelszentrum ab. Rücksichtslos ordneten Senat und Verwaltung den Handelsinteressen praktisch alles unter, und zwar mit Begründungen, die im wesentlichen das ganze Jahrhundert hindurch unverändert blieben. So erklärte Senator Heinrich Geffken 1847:

«Gerade in Hamburg greifen die Interessen des Kaufmanns in die Interessen aller übrigen Stände so tief ein, und gehen so sehr Hand in Hand, wie vielleicht in keinem anderen Orte der Welt. Der große Kaufmann setzt, abgesehen von seinen auswärtigen Verbindungen, seine Waare an kleinere Kaufleute ab; der kleine Kaufmann oder Detailist, dem vielleicht die Capitalien mangeln, um sich bedeutende Vorräthe kommen zu lassen, findet in den Lägern der größeren Kaufleute die willkommene Gelegenheit, seine Bedürfnisse jeder Zeit ergänzen zu können. Wenn die Kaufleute verdienen, finden die Handwerker desto mehr Absatz und dieser Absatz beschränkt sich keineswegs nur auf Hamburg, sondern die Unternehmungen der Kaufleute eröffnen den Handwerkern auch auswärts neue Absatzwege. Die Wohlhabenheit und der Flor Hamburgs im Allgemeinen ist nur durch den Großhandel zu sichern und zu erwarten.»¹⁹

Solche und ähnliche Absichten wurden in den folgenden Jahren immer wieder geäußert.

Die alles überragende Bedeutung des Handels für das Wohlergehen aller Bewohner Hamburgs, ob sie nun unmittelbar mit ihm zu tun hatten oder nicht, war der wichtigste Glaubensartikel in dem, was man die offizielle Rhetorik oder herrschende Ideologie der Gesellschaft Hamburgs im 19. Jahrhundert nennen könnte. Ein anderer Begriff dafür war «gesunder Menschenverstand», eine Formulierung, die beispielsweise Johann Georg Mönckeberg gebrauchte.²⁰ Dieser Standpunkt wurde – wie im Zitat von Heinrich Geffken – häufig offen und unverblümt verkündet. Was damit gemeint war, ging aber noch weit darüber hinaus und durchdrang den Lebensstil und die Vorstellungswelt, in der das Bürgertum der Stadt lebte. So teilte der Verfasser des Führers «Ein Spaziergang durch Hamburgs City» (1897) seinen Lesern folgendes mit, vielleicht weil er an das Aufsehen dachte, das ein zur Oberschicht gehöriger preußischer Tourist erregen könnte, wenn er sich aufzuführen versuchte, als sei er in Berlin: «... die Thatsache, dass es keine eigentlichen Standesunterschiede giebt, fällt bei der schnellen Eingewöhnung ins Gewicht. Unterschiede sind selbstverständlich vorhanden, und machen sich auch im sozialen Leben geltend; aber sie beruhen nicht auf Geburt und Rang, sondern – wie in einer Kaufmannsrepublik erklärlich – auf ererbtem, mehr noch auf erworbenem Besitze. Man fragt in Hamburg, wie es in New York und London geschieht, wie viel ist der Mann werth?»²¹

Wer in Hamburg daheim war, brauchte keinen Titel; der Wohlstand war Ehre genug, denn wie es in dem Führer weiter heißt: «... man geht dabei von der Annahme aus, dass der Besitz, das Vermögen, den greifbaren Ausdruck der Tüchtigkeit und Thatkraft bildet.»²²

Um das unangetastet zu bewahren, was Bürgermeister Petersen 1886 «eine der schönsten Blüthen politischer Kultur, das freie Bürgertum»²³ genannt hatte, durfte niemand, der im oder für den Senat tätig war, von ausländischen Monarchen verliehene Titel annehmen. Als dem Senatssyndikus Sieveking 1840 vom Sultan des Osmanischen Reiches für seine Dienste beim Aushandeln eines Handelsvertrages ein hoher Orden verliehen wurde, beschloß der

Senat, die Diamanten zu verkaufen, mit denen er verziert war, und den Rest des Ordens im Stadtarchiv aufzubewahren. Der Erlös (560 Mark Banco) wurde der Stiftung für Senatorenwitwen zur Verfügung gestellt.²⁴ Mit Geschenken, die Senatoren häufig überreicht wurden, verhielt es sich anders. So wohlhabend jemand auch sein mochte, dergleichen durfte er annehmen, ohne daß zu befürchten stand, es werde dadurch eine Beziehung zu einem ausländischen Monarchen gestiftet, die «wenn auch als keine direkte Subjection, doch aber als eine ideelle Submission oder Devotion» angesehen werden könne, wie das offenbar bei Annahme eines Ordens möglich war.²⁵ In diesem Geist erklärte Bürgermeister Weber 1885:

«Wir wollen unbeirrt den echten republikanischen Bürgersinn aufrecht erhalten, und auch der Bürgerschaft gegenüber soll jeder wenn auch noch so ungerechtfertigte Verdacht ausgeschlossen bleiben, als ob ein Senatsmitglied aus Lust an Fürstengunst, die durch Orden äußerlich gekennzeichnet wird, nicht völlig unbefangen bei Wahrnehmung seines Amtes, eines «Ehrenamtes», sich fühlte oder handelte.»²⁶

So strikt befolgte der Senat diesen Grundsatz, daß Gustav Godefroys Name aus der Liste der ehemaligen Senatoren gestrichen und ihm untersagt wurde, weiterhin den Titel Senator zu führen oder irgendeines der damit zusammenhängenden Privilegien zu nutzen, als er 1878 eine hohe Auszeichnung des russischen Zaren annahm.²⁷

Als «ausländischer Monarch» galt dem Senat selbstverständlich auch der König von Preußen und Deutsche Kaiser, und so rief es große Unruhe hervor, als Wilhelm I. 1885 dem bremischen Bürgermeister Buff den Kronenorden zweiter Klasse verlieh: nicht wegen der geringen Stufe des Ordens, obwohl auch dies abschätzigte Äußerungen herausforderte, sondern weil man darin in Hamburg einen Angriff auf den «würdigen Stolz republikanischer Einfachheit» sah sowie ein Beispiel der «Preußischen Tendenz, die Senatoren der Hansestädte zu Magistratsbeamten hinabzudrücken», wie Bürgermeister Weber meinte. Doch der von der Sache peinlich berührte Bürgermeister Bremens erklärte, er habe keine Möglichkeit gesehen, den Orden auszuschlagen, ohne den Monarchen zu kränken, und

als Hamburg und Lübeck unter Bürgermeister Petersens Führung gemeinsam beim preußischen Botschafter vorführten, erführen sie, die Auszeichnung sei tatsächlich in der Überzeugung verliehen worden, «die veränderten politischen Verhältnisse» hätten eine gegenüber früher geänderte Vorgehensweise gerechtfertigt. Taktvoll, aber unbeugsam, erklärte Petersen, ein solcher Versuch dürfe sich nicht wiederholen – und so geschah es auch.²⁸ Wie Bürgermeister Burcharde erklärte, habe der Kaiser zwar die Möglichkeit, einem Hamburger Kaufmann einen Titel zu verleihen, er könne ihn aber keinesfalls in den Adelsstand erheben (wie man gewöhnlich sagte), denn: «Ein Hamburger Kaufmann kann überhaupt nicht erhoben werden.»²⁹ Verächtliche Geringschätzung für «den flitterhaften Prunk einer persönlichen Auszeichnung und Bevorzugung vor anderen Bürgern»³⁰ war in den Patrizierfamilien wie in der Kaufmannschaft allgemein recht verbreitet. Zu den wirkungsvollsten und viel-sagendsten Vorwürfen der Befürworter des Freihandels gegen die Protektionisten gehörte im Streit um den Beitritt zum Deutschen Zollverein 1880 der, daß mehrere von ihnen Titel und Auszeichnungen besäßen. Dazu zählten beispielsweise zwei geadelte Landbesitzer, ein Reeder (Sloman), der in den preußischen Adel eingeheiratet hatte, und ein Kommerzienrat. Dieser für Geschäftsleute in Preußen höchst erstrebenswerte Titel galt in Hamburg durchweg als wertlos. Daß die Vorkämpfer des Freihandels diesen Personenkreis mit den Juden, den für ausländische Mächte tätigen Konsuln und den religiösen Abweichlern (ein Calvinist und ein Katholik) unter den Protektionisten in einen Topf werfen konnten, zeigt, in welche Gesellschaft nach Ansicht der Traditionalisten in der Kaufmannschaft die Träger solcher Titel gehörten.³¹

Diese Geringschätzung von Ehren und Titeln ging in Hamburg Hand in Hand mit der verbreiteten Verachtung eines müßigen und dem Vergnügen geweihten Lebens, wie es der Hochadel in Berlin führte. Von allen in Hamburg anzutreffenden bürgerlichen Tugenden fiel Außenstehenden keine nachhaltiger auf als der Fleiß. So bemerkte der Baltendeutsche Julius von Eckardt, der von 1874 bis 1882 Senatssekretär war, die Bewohner Hamburgs hielten «Arbeit

und Pflichterfüllung für die Hauptangelegenheiten des Lebens».³² Junge Männer mußten, selbst wenn sie aus den führenden Patrizierfamilien stammten, in den Jahren, bevor sie das väterliche Geschäft übernahmen, in anderen Firmen ihren Beruf von der Pike auf lernen, damit sie nicht faul oder verzogen würden.³³ Von Eckardt bezeichnete «Geschäftseifer und Arbeitssolidität» als zwei der am weitesten verbreiteten Merkmale des Hamburger Bürgertums.³⁴ Andere Beobachter schlossen sich dieser Einschätzung an. «Ja, eine Stadt der Arbeit ist Hamburg», seufzte ergeben der Verfasser von «Ein Spaziergang durch Hamburgs City»:

«Jeder muss die äussersten Kräfte des Geistes und des Körpers anspannen, um seinen Posten in dieser grossen Arbeitsstätte auszufüllen. Es fällt dem Fremden sogleich auf, dass es in Hamburg keine eigentlichen Spaziergänge, keine Promenaden, keine Parks oder Vergnügungsorte in der Stadt giebt, wo man beständig oder zu bestimmten Zeiten die Menschen sich ergehen oder sich versammeln sieht ... Am Tage hat kein Mann Zeit zum Spaziergehen und Flanieren, nach gethaner Arbeit eilt Jeder seinem Heim zu und bleibt meist zuhause.»³⁵

Der offenkundige Mangel an Sehenswürdigkeiten und an Möglichkeiten für touristische Unternehmungen stellte die Verfasser von Reiseführern vor Schwierigkeiten. Natürlich gab es, wie sie anmerken mußten, «öffentliche Vergnügungen ... in St. Pauli», dem bekannten Stadtviertel nahe dem Hafen, doch dürften sich diese kaum für «die besseren Klassen» geeignet haben, denen die Reiseführer zugeordnet waren.³⁶ Darüber hinaus hatte, wie ein anderes dieser Werke, der «Führer durch Hamburg» (1894) seinen Lesern mitteilen mußte, der nüchterne Geschäftssinn der Stadtväter dafür gesorgt, daß Hamburg «arm an öffentlichen Denkmälern» war.³⁷ Das stimmte nur allzu sehr.

So hatte im Jahr 1802 der Senat beschlossen, Hamburgs gotischen Dom abreißen zu lassen. Da diese Entscheidung in der Stadt auf keinen ernsthaften Widerstand stieß, wurde sie zwischen 1804 und 1807 in die Tat umgesetzt. Die Steine wurden verkauft oder dienten zur Verstärkung der Elbuferbefestigungen; die Grabmäler und

Standbilder wurden zerstört und beim Ausbau des rudimentären Entwässerungssystems der Stadt verwendet. Einer der Beweggründe des Senats für den Abbruch war es, eine extraterritoriale Einrichtung zu beseitigen, wahrscheinlich aber spielte auch mit hinein, daß zu jener Zeit die Mieten stiegen, weil großer Wohnraumbedarf entstanden war, und Baugrund ein lohnendes Geschäft versprach. Jedenfalls war dies Vorgehen kennzeichnend für die bekannte Geringschätzung kultureller Tradition durch die hamburgischen Behörden, die zwischen 1807 und 1837 in der Stadt fünf weitere aus dem Mittelalter stammende Kirchen abreißen ließen. Sie hatten 1788 sogar mit der Begründung, sie komme zu teuer, die Abschaffung der Kirchenmusik verlangt. Ein dreiviertel Jahrhundert später mußte der 1833 in Hamburg geborene Johannes Brahms gegen seinen Willen nach Wien gehen, weil er in seiner Heimatstadt keine angemessene Anstellung als Musiker finden konnte. Hamburg verdankte praktisch sein gesamtes Kulturleben der Privatinitiative: Es gab keine städtische Kulturgalerie, bis 1868 die Kunsthalle (aus Privatmitteln) erbaut wurde; die Kunstsammlung der Stadt hatte der Senat 1789 versteigern lassen, um Hamburgs Finanzen aufzuhelfen. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde Hamburg als Kunst- und Musikzentrum vom viel kleineren München bei weitem in den Schatten gestellt. Opernhaus und Musikhalle verdankten ihre Errichtung privater Initiative; selbst der Zoo, Hagenbecks berühmter Tierpark, wurde aus Privatmitteln finanziert und ist nach wie vor einer der ganz wenigen Privatzoos in Deutschland. Nicht Prestigegedenken stand bei seiner Gründung Pate, sondern Profitstreben.

Auch eine Universität zu gründen, hielt der Hamburger Senat nicht für erforderlich. Bis 1871 gab es am Ort weder staatliche Schulen noch eine Schulpflicht, und selbst danach verbrachte der für die Oberschulbehörde zuständige kaufmännische Senator einen großen Teil seiner Zeit mit dem Versuch, das – für die Einschreibung an einer Universität unerläßliche – Latein durch Englisch zu ersetzen, mit der Begründung, letzteres sei dem Handel weit nützlicher. «Die Freude des Gelehrten an seiner Wissenschaft als solcher», klagte der Theologe Johann Anton Fahrenkrüger 1811, «abgesehen

von den daraus entspringenden wahren Vorteilen, begreift der Hamburger nicht ... Den Wert der Menschen und Dinge stempelt der Kaufmann. Dies ist der Hamburger im vollkommenen Grade.»³⁸

Da es keinerlei Kulturdenkmäler gab, empfahlen die Verfasser von Hamburg-Führern den Besuchern, die Stadt so zu nehmen, wie sie war, und machten sie auf andere Ziele aufmerksam. Eine (begeistert und in allen Einzelheiten geschilderte) Hafenrundfahrt, hieß es, vermittele dem Besucher einen bildhaften Eindruck von der Bedeutung der Stadt für Industrie und Handel, und wer ihr Leben noch näher kennenlernen wollte, dem empfahlen sie einen Besuch der Börse. Dieser im Zentrum der Altstadt errichtete große Bau im pseudo-italienischen Renaissancestil enthielt nicht nur eine Aktien-, Schiffer- und Assekuranzbörse, sondern auch eine Warenbörse, die nach Gütern wie Getreide, Kaffee und Zucker unterteilt war. Zu Beginn der neunziger Jahre fanden sich dort täglich an die fünf- bis siebentausend Männer ein, einer wie der andere vorschriftsmäßig in Frack und Zylinder. Ein zeitgenössischer Reiseführer erklärte dazu:

«Die Börse ist nicht nur für das kaufmännische Getriebe Hamburgs der Centralpunkt, sondern um die Mittagszeit (gegen ein Uhr) findet sich dort Alles, was zu dem geschäftlichen Leben Beziehungen hat, z. B. die Capitaine der im Hafen liegenden Seeschiffe und die Schiffer der Flussfahrzeuge, die ‹Ewerführer› (Besitzer der in den Canälen den Verkehr vermittelnden ‹Schuten›), die Fabrikanten und Grossindustriellen und selbst die Rechtsanwälte ein. An der Börse wird Alles besprochen, was Hamburg bewegt, von den Candidaturen bei Senatoren- und Reichstagswahlen bis zu sensationellen Familien-Ereignissen.»³⁹

Welche Bedeutung die Börse für die Stadt besaß, unterstrich das neue Rathaus, mit dessen Bau 1886 begonnen und das ein Jahrzehnt später, 1897, eingeweiht wurde. Es war ganz bewußt in so enger Nachbarschaft zur Börse errichtet worden, daß beide Gebäude durch Gänge miteinander verbunden werden konnten – ein selbstbewußter Hinweis auf und ein Symbol für die engen Beziehungen, die in der Stadt zwischen Kapital und Staat bestanden.

Diese enge Verknüpfung fand nicht nur auf der symbolischen Ebene Ausdruck, sondern auch auf der praktischen. Im Unterschied zu Städten wie Rotterdam oder New York, deren Hafenanlagen auf Privatunternehmertum zurückgingen und ohne zentrale Planung entstanden waren, legte Hamburg den Ausbau seines Hafens in die Hände des Staates.⁴⁰

Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten die Schiffe einfach in der Elbe Anker geworfen, und die Ladung war auf kleine Lastkähne (Ewer oder Schuten) umgeladen worden, die sie zu den Lagerhäusern brachten. Diese standen unmittelbar an den zahlreichen Kanälen (Fleeten), die die Stadt in alle Richtungen durchzogen, so daß sich die Kähne leicht be- und entladen ließen.⁴¹ Angesichts des zunehmenden Handelsverkehrs und der immer höheren Tonnage der Schiffe beschloß der Senat den Bau eines neuen Hafens mit Kaianlagen, Lagerhäusern und Bahnanschluß. Der 1868 eröffnete Sandtorhafen ermöglichte in den folgenden Jahren eine beträchtliche Ausweitung des Handels. Da Hamburg ein Gezeitenhafen ist, wurde auch weiterhin auf dem Fluß gelöscht und geladen, nach und nach wurden jedoch die Lagerhäuser an den Fleeten aufgegeben. Der Bau des Freihafens in den achtziger Jahren beschleunigte diesen Prozeß erheblich. Am Südufer der Elbe, gegenüber der Stadt, entstanden mit öffentlichen Mitteln ausgedehnte neue Hafenanlagen mit kilometerlangen Kais und Bahnanlagen. Zwar stellte das Reich dafür 40 Millionen Mark bereit, doch beliefen sich die Gesamtkosten auf 113 Millionen. Ein wichtiger Teil des Freihafens war die großartige Speicherstadt, bis auf den heutigen Tag Hamburgs eindrucksvollster Gebäudekomplex. Das Gelände dafür stellte der Senat zur Verfügung, der seine Investitionen teilweise aus den Gewinnen zurückholte, während die Norddeutsche Bank die Errichtung des gewaltigen Lagerhauskomplexes finanzierte. Man setzte also für den Bau der Hafenanlagen bedeutende öffentliche Mittel ein. Dieser Vorgang wiederholte sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einige Male, wenn wieder eine Hafenerweiterung anstand.⁴²

Mit dieser Großzügigkeit, die zur Wahrung der Handelsinteressen diente, durfte man in den meisten anderen Bereichen öffentli-

cher Ausgaben nicht rechnen. So schrieb Leo Lippmann, ein leitender Beamter der Finanzdeputation, in seinen Erinnerungen:

«Die Anträge auf Bewilligung von vielen Millionen für Hafen und Elbe wurden in der Finanzdeputation gewöhnlich debattelos genehmigt, während bis in die Zeiten nach dem Weltkriege Anträge auf Bewilligung weniger tausend Mark für unterirdische Bedürfnisanstalten oder anderen «überflüssigen modernen Luxus» lange Debatten hervorriefen, und manches Mal kommissarische Verhandlungen erforderlich machten.»⁴³ Ein anderer Senatssekretär bestätigte, der Senat sei «reichlich zurückhaltend», wenn es um soziale Ausgaben gehe,⁴⁴ und rechtfertigte seine Haltung damit, daß es sich bei Geld, das für den Hafen ausgegeben werde, um Investitionen handle, die eine mehr als zufriedenstellende Rendite erwarten ließen. Da nun einmal der Handel die Grundlage des Wohlstands der Stadt bilde, sehe es der Senat als seine Pflicht an, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um dessen Gedeihen zu fördern.

In anderen Angelegenheiten allerdings verfolgte der Senat eine Finanzpolitik, die sich am Beispiel des britischen Premierministers Gladstone orientierte und deren Ziel es war, unnötige Ausgaben zu vermeiden, die Einkommensteuer möglichst niedrig zu halten und mit dem Staatshaushalt so zu wirtschaften, daß, wenn irgend möglich, noch Geld übrigblieb. Der Haushalt wurde durch Erbschaftsteuer, Grundsteuer und Einkommensteuer finanziert, weiterhin durch zahlreiche indirekte Steuern und kleinere Abgaben, wie beispielsweise eine Umzugssteuer und eine Vergnügungssteuer. Die Verwaltung der Finanzmittel besorgten mindestens drei gänzlich voneinander getrennte Körperschaften, deren Fäden im Senat zusammenliefen. Da es in der Steuerbehörde keine entsprechend ausgebildeten Beamten gab, war ein beträchtlicher Verwaltungswirrwarr das Ergebnis. Die beiden wichtigsten Abgaben, die Grundsteuer (5 % vom Kapitalwert des Immobilienbesitzes einschließlich Mieten) und die Einkommensteuer, brachten gegen Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts jährlich etwa acht bis neun Millionen Mark in die Kassen. Der Einkommensteuersatz betrug für die höchsten Einkommensgruppen lediglich 3,5 % und nahm

für geringere Einkommen leicht ab; steuerfrei blieb, wer weniger als 600 Mark im Jahr verdiente. Die Einschätzung erfolgte durch den Steuerpflichtigen selbst.⁴⁵ Diesen sehr niedrigen Einkommensteuersatz konnte man natürlich nur deshalb beibehalten, weil die öffentlichen Ausgaben auf das absolute Minimum beschränkt blieben, außer auf Gebieten, auf denen eine gute Rendite winkte. Auf diese Weise wurde dem Gedeihen des Privatunternehmertums und der Einzelinitiative, auf die sich das Wohlergehen der Stadt dem Anschein nach gründete, noch größerer Spielraum zugestanden. Der herrschenden Ideologie der Gesellschaft Hamburgs, dem vom gesunden Menschenverstand geforderten Primat des Handels, stimmten nicht nur alle zu, er hatte auch erkennbaren Einfluß auf die Verteilung von Besitz und Geldmitteln unter der Bevölkerung der Stadt.

III

Auch wenn das Großbürgertum die Politik der Hansestadt beherrschte, konnte es sich nicht immer durchsetzen. Wie sich in der Frage des Beitritts zum Deutschen Zollverein zeigte, vermochte die Handelskammer, in der mittlere und kleinere Kaufleute den großen Handelshäusern zahlenmäßig deutlich überlegen waren, gelegentlich eine der Haltung der Großfirmen durchaus entgegengesetzte Meinung zu vertreten. Ebenso wichtig war, daß die bedeutsamste repräsentative Körperschaft der Stadt, die Erbgesessene Bürgerschaft (seit 1860 Bürgerschaft), gemeinsam mit dem Senat die Macht im Stadtstaat innehatte und ohne weiteres Gesetzen die Zustimmung verweigern konnte, die sie mißbilligte. Im Verlauf der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Erbgesessene Bürgerschaft zu einer für die Bewohner der Stadt immer weniger repräsentativen Einrichtung. Am Vorabend der 1848er Revolution lebten in Hamburg und den inneren Vorstädten rund 150 000 Menschen, davon etwa 93 000 Erwachsene. Zwar besaßen 27 000 männliche Einwohner das Bürgerrecht, doch erfüllten lediglich 3 000 oder 4 000 die Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zur Erbgesessenen Bürgerschaft, die an den Privatbesitz von Grundstücken geknüpft war.

Davon aber gab es lediglich 7 000. Auch wer mehr als ein Grundstück besaß, hatte nur eine Stimme; weibliche Grundstücksbesitzer hatten kein Stimmrecht. Selbst von dieser kleinen Minderheit nahmen normalerweise lediglich zwei- bis dreihundert an den Versammlungen der Erbgessesenen Bürgerschaft teil. Dies System schloß also nicht nur Arbeiter, Lehrlinge und Tagelöhner, sondern praktisch das gesamte Kleinbürgertum und sogar große Teile des alteingesessenen Bürgertums von einer Mitwirkung in den Fragen aus, die die Stadt betrafen.⁴⁶

Es kann also kaum überraschen, daß in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts Tendenzen spürbar wurden, die auf eine Änderung drängten. Auslöser war der Große Brand, der am 5. Mai 1842 um ein Uhr morgens in der Innenstadt ausbrach, einen Großteil Hamburgs in Schutt und Asche legte und erst am 8. Mai um acht Uhr morgens erlosch. 51 Menschen kamen ums Leben, 1 100 Wohngebäude sowie 102 Lagerhäuser, sieben Kirchen, zwei Synagogen und zahlreiche öffentliche Gebäude wurden zerstört. Beträchtlichen Schaden verursachte der Senat selbst, der zahlreiche Häuser sprengen ließ, um Brandschneisen zu schaffen, damit sich die Flammen nicht weiter ausbreiten konnten. Hingegen führten Gruppen heldenhafter Börsenmakler und Bankiers einen zähen Kampf, um die Börse mit ihren unersetzlichen Dokumenten des Finanzlebens der Stadt vor der Zerstörung zu bewahren. Das gelang auch, doch waren jetzt 20 000 der etwa 150 000 Bewohner der Stadt obdachlos. Hamburgs größte Versicherung ging in Konkurs; Tausende verloren ihre Habe, sie erhielten keine oder nur geringe Entschädigung. Scharen der nun Besitzlosen zogen durch die Straßen, plünderten Gebäude oder überfielen Obdachlose und schleppten davon, was diese aus den Flammen gerettet hatten. Die Jakobikirche, in der vorläufig Möbel aus gefährdeten Häusern eingelagert waren, wurde von der Menge geplündert; erst ein Bataillon preußische Infanterie konnte die Ordnung wiederherstellen.

Vielen der aufgebrachten Bürger erschien es nur allzu bezeichnend, daß das Rathaus als eines der ersten öffentlichen Gebäude dem Feuer zum Opfer gefallen war. Man hörte weithin die Ansicht,

